



# Tätigkeitsbericht

der Essener SPD-Landtagsabgeordneten  
über die Jahre 2005 - 2009

# Überblick

- 3 Editorial
- 4 Die Abgeordneten
- 8 Frühe Förderung
- 9 Schule und Bildung
- 11 Jugend
- 12 Gesundheit und Soziales
- 13 Pflege- und Seniorenpolitik
- 13 Frauen
- 14 Arbeits-, Wirtschafts- und Strukturpolitik
- 16 Starke Städte
- 16 Wahltrickserei und Gemeinde(un)ordnung
- 18 Sparkassen
- 18 Haushalt und Finanzen
- 19 Hochschule
- 20 Innen und Justiz
- 22 Wohnen
- 23 Verkehr
- 24 Energie
- 24 Ehrenamt
- 25 Kultur
- 26 Zeitungsmarkt
- 27 Politik vor Ort

## Editorial

Liebe Leserin,  
lieber Leser!

Gut ein Jahr vor der Landtagswahl im Jahr 2010 präsentieren wir unseren gemeinsamen Bericht über unsere Tätigkeiten in der 14. Legislaturperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen. Der Tätigkeitsbericht, der den Zeitraum von Juni 2005 bis Mai 2009 umfasst, orientiert sich an jenen Politikbereichen, für die wir auch in der SPD-Landtagsfraktion Mitverantwortung tragen und jenen Themen, die uns in der vergangenen Monaten und Jahren in unserer Arbeit vor Ort in den Wahlkreisen beschäftigt haben.

Als Mitglieder der größten Oppositionsfraktion im Düsseldorfer Landtag gelingt es uns immer besser, die schwarz-gelbe Landesregierung mit Anträgen zu stellen, ihr Versagen deutlich zu machen und durch unseren parlamentarischen Druck zumindest Schlimmeres zu verhindern. Intensiv haben wir in dem zurückliegenden Berichtszeitraum daran gearbeitet, für Mai 2010 jene Grundlagen zu schaffen, um Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) aus der Staatskanzlei zurück nach Pulheim zu schicken.

Denn inzwischen ist deutlich geworden, dass der damalige Regierungswechsel unserem Land nicht gut getan hat und sich Nordrhein-Westfalen seit dem Amtsantritt des schwarz-gelben Kabinetts sozial, bildungspolitisch, in Sachen Mitbestimmung und vor allem in der Betreuung unserer Kleinsten zurückentwickelt hat. Von der Strukturförderung, einer effektiven Arbeitsmarktpolitik und der Konsolidierung des Landeshaushaltes ganz zu schweigen. Diese Politik hat zu den größten Protesten und Demonstrationen in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen geführt. Und auch vor Ort, in den Städten und Kommunen, steigert sich die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der von CDU und FDP getragenen Landesregierung. Denn immer drastischer und klarer wirkt sich die unsoziale Politik von Rüttgers und Co. auf ihren Alltag aus.

Daher arbeiten wir täglich mit unseren sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen an Konzepten für ein sozialeres, gerechteres und menschlicheres Nordrhein-Westfalen und an dem Politik- und Regierungswechsel im kommenden Jahr. Und wir sind zuversichtlich, dass wir dieses Vorhaben in die Tat umsetzen können.

Glück auf!

Ihre



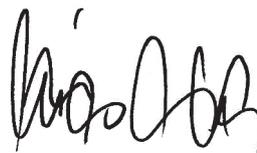
Britta Altenkamp MdL



Dieter Hilser MdL



Thomas Kutschaty MdL



Peter Weckmann MdL

## Britta Altenkamp MdL

Geboren am 16. September 1964 in Essen; verheiratet. Abgeordnete des Landtags NRW seit 2. Juni 2000. Stellvertretende Vorsitzende der NRW-SPD. Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion für die Bereiche Soziales, Gesundheit, Frauen, Familie, Kinder, Integration, Generationen und Sport.



### Mitgliedschaften in Ausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen

- Haushalts- und Finanzausschuss, ordentl. Mitglied
- Parlamentarische Arbeitsgruppe Islam-Dialog, ordentl. Mitglied und stv. Vorsitzende
- Ältestenrat, stv. Mitglied
- Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, stv. Mitglied
- Ausschuss für Frauenpolitik, stv. Mitglied
- Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, stv. Mitglied
- Ausschuss für Haushaltskontrolle, stv. Mitglied
- Ständiger Ausschuss gemäß Artikel 40 der Landesverfassung, stv. Mitglied

### Kontakt

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Britta Altenkamp MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon 0211/884-2501  
Telefax 0211/884-3176

[www.britta-altenkamp.de](http://www.britta-altenkamp.de)

### Ansprechpartner im Landtagsbüro

Manuel Schmidt: [manuel.schmidt@landtag.nrw.de](mailto:manuel.schmidt@landtag.nrw.de)  
Andreas Wiemers: [andreas.wiemers@landtag.nrw.de](mailto:andreas.wiemers@landtag.nrw.de)

Altendorf  
Frohnhausen  
Fulerum  
Haarzopf  
Holsterhausen  
Margarethenhöhe  
Nordviertel  
Ostviertel  
Südostviertel  
Südviertel  
Westviertel

## Dieter Hilser MdL

Geboren am 21. September 1953 in Triberg/Schwarzwald; verheiratet, zwei Kinder. Abgeordneter des Landtags NRW seit 2. Juni 2000. Baupolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.



### Mitgliedschaften in Ausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen

- Ausschuss für Bauen und Verkehr, ordentl. Mitglied und Sprecher
- Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen im Haushalts- und Finanzausschuss, stv. Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, stv. Mitglied

### Kontakt

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Dieter Hilser MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon 0211/884-2144  
Telefax 0211/884-3202

[www.dieterhilser.de](http://www.dieterhilser.de)

### Ansprechpartnerin im Landtagsbüro

Iris Dziura: [dieter.hilser@landtag.nrw.de](mailto:dieter.hilser@landtag.nrw.de)

Freisenbruch  
Frillendorf  
Horst  
Huttrop  
Katernberg  
Kray  
Leithe  
Schonnebeck  
Steele  
Stoppenberg

## Thomas Kutschaty MdL

Geboren am 12. Juni 1968 in Essen; verheiratet, drei Kinder. Abgeordneter des Landtags NRW seit 8. Juni 2005. Stellvertretender rechtspolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion und Vorsitzender des Versorgungswerkes der Abgeordneten des Landtags von Nordrhein-Westfalen.



### Mitgliedschaften in Ausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen

- Innenausschuss, ordentl. Mitglied
- Rechtsausschuss, ordentl. Mitglied
- Kontrollgremium gem. § 24 d. Verfassungsschutzges. NRW, ordentl. Mitglied
- Parlamentarischer Untersuchungsausschuss I "JVA Siegburg", ordentl. Mitglied und stv. Vorsitzender
- Ausschuss für Generationen, Familie und Integration, stv. Mitglied
- Hauptausschuss, stv. Mitglied
- Ausschuss für Haushaltskontrolle, stv. Mitglied
- Vollzugskommission des Rechtsausschusses, stv. Mitglied
- Wahlprüfungsausschuss, stv. Mitglied
- Enquetekommission "Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in NRW", stv. Mitglied

### Kontakt

Landtag Nordrhein-Westfalen  
 Thomas Kutschaty MdL  
 Platz des Landtags 1  
 40221 Düsseldorf

Telefon 0211/884-2666  
 Telefax 0211/884-3212

[www.thomas-kutschaty.de](http://www.thomas-kutschaty.de)

### Ansprechpartner im Landtagsbüro

Frank Müller: [frank.mueller@landtag.nrw.de](mailto:frank.mueller@landtag.nrw.de)

Altenessen  
 Bedingrade  
 Bergeborbeck  
 Bochold  
 Borbeck  
 Dellwig  
 Frintrop  
 Gerschede  
 Karnap  
 Schönebeck  
 Vogelheim  
 Mülheim-Winkhausen

## Peter Weckmann MdL

Geboren am 25. April 1952 in Bochum-Wattenscheid; verheiratet, eine erwachsene Tochter. Abgeordneter des Landtags NRW seit dem 2. Januar 2009.

### Mitgliedschaften in Ausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen

- Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, ordentl. Mitglied
- Kulturausschuss, ordentl. Mitglied
- Sportausschuss, stv. Mitglied



### Kontakt

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Peter Weckmann MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon 0211/884-2643  
Telefax 0211/884-3383

[www.peter-weckmann.de](http://www.peter-weckmann.de)

### Ansprechpartner im Landtagsbüro

Danielle Brockmann: [danielle.brockmann@landtag.nrw.de](mailto:danielle.brockmann@landtag.nrw.de)  
Daniel Behmenburg: [daniel.behmenburg@landtag.nrw.de](mailto:daniel.behmenburg@landtag.nrw.de)

Bergerhausen  
Bredeney  
Burgaltendorf  
Byfang  
Fischlaken  
Heidhausen  
Heisingen  
Kettwig  
Kupferdreh  
Rellinghausen  
Rüttenscheid  
Schuir  
Stadtwald  
Überruhr  
Werden

# Frühe Förderung

Im Jahr 2007 hat die Landesregierung das KiBiz gegen die heftigen Widerstände von SPD, Eltern, Verbänden, Trägern und ErzieherInnen durchgepeitscht, um die frühe Bildung, Erziehung und Betreuung auf Kosten der Qualität auf eine neue Finanzierungsgrundlage zu stellen. Verlierer dieses Gesetzes sind

- die Kinder, weil insbesondere durch die Verschlechterung der Betreuungsrelation und die Zunahme von Erzieherinnen mit Teilzeitbeschäftigungen die Qualität frühkindlicher Bildung sinken wird,
- die Eltern, weil insbesondere die Elternbeiträge in vielen Städten und Gemeinden des Landes erhöht werden und der Ausbau der Ganztagsbetreuung nicht bedarfsgerecht sein wird,
- die Erzieherinnen, weil sie stärker in Teilzeitarbeitsplätze oder befristete Arbeitsplätze gedrängt werden,
- die Träger, weil sie auch in Zukunft einen großen Teil der Planungsunsicherheit behalten, da die zukünftige Finanzierung im Wesentlichen von der Nachfrage der Eltern abhängt und dieses Nachfrageverhalten auf Grund noch fehlender Erfahrungen und der Höhe der Elternbeiträge nicht abgeschätzt werden kann und
- die Kommunen, weil Städte mit schwierigen Sozialräumen wie Essen weniger Förderung erhalten. Darüber hinaus müssen die Städte, die nicht Elternbeiträge in Höhe von 19 Prozent erzielen können die Mindereinnahmen alleine tragen bzw. auf die Eltern abwälzen.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes am 1. August 2008 wird nun immer deutlicher, dass unsere damaligen Befürchtungen und Warnungen nun bittere Wahrheit geworden sind und das KiBiz zu Lasten der Eltern, Kinder und Erziehungskräfte geht.

Entscheidend für die Kita-Gebühren ist weniger der Geldbeutel, als vielmehr der Wohnort der Eltern: Gutverdienende in der einen Region des Landes haben Glück und zahlen rund 250 Euro für eine Leistung, für die in einer anderen Region des Landes Eltern mit einem durchschnittlichen Einkommen ein vielfaches mehr bezahlen müssen. Für Essen heißt das konkret, dass Eltern Beträge zwischen 71 in der untersten Einkommensgruppe und in der obersten Einkommensgruppe 413 Euro aufwenden müssen, während für dieselbe Leistung in der untersten Einkommensgruppe im Hochsauerlandkreis

nur 35 Euro anfallen. Auch bei der Gebührenfreiheit bis zu einem Jahreseinkommen von 13.001,00 Euro schneidet die Stadt Essen nicht wirklich gut ab. Im Kreis Wesseling ist der Kitabesuch zum Beispiel bis zu einem Jahreseinkommen von 40.001,00 Euro gebührenfrei. Die Landeshauptstadt Düsseldorf wird seinen Bürgerinnen und Bürgern die Kita-Gebühren in naher Zukunft ganz erlassen.

Negativ hat sich das KiBiz auch auf die Beschäftigten in den Einrichtungen ausgewirkt: Sie müssen mit einer Situation fertig werden, auf die sie nicht ausreichend vorbereitet wurden und erhalten zunehmend befristete oder Teilzeitverträge. Statt jedoch die mit den neuen Herausforderungen dringend benötigten Kompetenzen der vorhandenen Kräfte zu bündeln und systematisch weiter zu entwickeln, sind die Kindpauschalen so berechnet, dass eine Weiterqualifizierung mit entsprechenden Freistellungen kaum möglich ist. Gleichzeitig sorgen sich die Kinderpflegerinnen und andere Ergänzungskräfte um ihre Arbeitsplätze. Sie sollen an hektisch zusammengeschusterten Fortbildungen teilnehmen, die weder zahlenmäßig noch inhaltlich den heutigen Anforderungen gerecht werden. Der in dieser Gemengelage entstehende Stress wirkt sich auch auf die Kinder aus.

Die Bundesmittel für den Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige verschwinden entweder im Landeshaushalt (Betriebskosten) oder werden wegen bürokratischer Verzögerungen nicht abgerufen (Investitionskosten). Hierunter leiden die Kommunen und die Träger.

Das KiBiz wirkt als Spargesetz, das den Ausbau der Betreuungsplätze auf Kosten der Qualität forciert. Qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kleinsten wird mit diesem Gesetz unmöglich gemacht.

## Sprachstandsfeststellung

Massiv hatte die SPD-Landtagsfraktion die von der schwarz-gelben Landesregierung überstürzt eingeführte punktuelle Sprachstandsfeststellung bereits im Vorfeld kritisiert. Noch die rot-grüne Landesregierung hat bei Kindern im letzten Jahr vor der Schule die Sprachdiagnose und die Sprachförderung eingeführt. Doch anstatt dieses auf langfristige Beobachtung angelegte Projekt sinnvoll

fortzuführen, haben Ministerpräsident Rüttgers, Bildungsministerin Sommer und Familienminister Laschet mit der Sprachstandsfeststellung eine Generation Warentest auf den Weg gebracht, bei der 180.000 Kinder in einem Feldversuch getestet worden sind.

Die Kinder wurden in einem einmaligen und kurzen Test ohne Berücksichtigung ihres Lebensumfeldes, ihrer Biographie und womöglich noch an einem „schlechten“ Tag getestet und anschließend in Kategorien einsortiert. Schon allein jeder, der sich auch nur einmal mit einem Kind beschäftigt hat, kann bei einem solchen Vorgehen nur mit dem Kopf schütteln. Dieses Gefühl wird auch von den nackten Zahlen unterstrichen. Während die Stiftung Lesen von 25 Prozent eines Jahrgangs spricht und das Land Hamburg ca. zwölf Prozent ermittelt hat, die Sprachförderung benötigen, haben die Ergebnisse in NRW den Eindruck erweckt, als ob die Hälfte eines Jahrgangs weitergehende Diagnosen und Förderung benötigen würde. Gleichzeitig attestieren aber die zuständigen Kindertageseinrichtungen vielen Eltern eine altersgemäße Sprachentwicklung ihres Kindes.

All dies deutet darauf hin, dass mit der Sprachstandsfeststellung nicht die Sprachfähigkeit unserer Kinder getestet wurde, sondern vielmehr die Brauchbarkeit des Tests. Auch die Wissenschaft distanziert sich immer mehr von der Sprachstandsfeststellung. Unlängst hat Professorin Lilian Fried von der Universität Dortmund in einer Anhörung

im NRW-Landtag erklärt, dass ein punktueller Test keine Grundlage für die Bewertung der umfassenden Sprachentwicklung eines Kindes sein kann. Die schwarz-gelbe Landesregierung zeigt sich allerdings in dieser Frage beratungsresistent.

Auch beim zweiten Durchlauf der Sprachstandsfeststellungen bei den Vierjährigen in Nordrhein-Westfalen ging dementsprechend der Regierungsmurks der CDU/FDP-Koalition weiter. Nach dem Chaos 2007 haben im vergangenen Jahr erneut etliche Kindertagesstätten die Materialien zu Delfin 4 nicht erhalten, von einer Weiterentwicklung des Tests ganz zu schweigen.

Der Test wird nach wie vor weder der Lebenssituation von vierjährigen Kindern, noch dem Informationsbedürfnis ihrer Eltern gerecht. Darüber hinaus kann eine qualitativ hochwertige Sprachförderung in der Kindertageseinrichtung angesichts der niedrigen Landeszuschüsse im Anschluss kaum vollzogen werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung macht in der Umsetzung alles falsch, was man falsch machen kann, und lernt offensichtlich nicht aus den Fehlern der ersten Erhebung.

Die Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen ist richtig und muss gestärkt werden. Dann bedarf es aber einer, wie bereits von der ehemaligen SPD-geführten Landesregierung vorbereitet, der flächendeckenden Ausweitung von langfristig angelegten Diagnoseverfahren in den Kindertagesstätten.

## Schule und Bildung

Im Jahr 2006 hat die schwarz-gelbe Landesregierung gegen die Stimmen der SPD ein neues Schulgesetz für Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Bildungspolitisch handelt es sich hierbei um einen Rückschritt in eigentlich längst vergangene Zeiten. Von nun an werden wieder Kopfnoten verteilt, die Mitbestimmung der Schüler wurde massiv eingeschränkt und der Elternwille im Rahmen der Übergänge auf weiterführende Schulen findet faktisch nicht mehr statt. Gleichzeitig hat die Landesregierung die Schulbezirke aufgehoben und damit einerseits einer sozialen Destabilisierung von Schulen Vorschub geleistet und andererseits den Weg für eine Gettoisierung von Schulen geebnet.

Auch weitere kommunale Gestaltungsmöglichkeiten wurden durch das neue Schulgesetz eingeschränkt. Die Stadt Essen hat keinen Einfluss mehr darauf, wer an ihren

Schulen Schulleiterin oder Schulleiter wird, da die Wahl der Schulleiter/innen durch die Schulkonferenz ohne Mitwirkung durch den Schulträger stattfindet. Nach dem Willen der Landesregierung darf die Stadt Essen zukünftig nur noch für die Gebäude und deren Instandhaltung zahlen, muss aber zwangsweise mit den Schulleiter/innen zusammenarbeiten, auf deren Auswahl sie keinen Einfluss hatten. Der im 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung herausgestellten besonderen Gestaltungsverpflichtung der Kommunen bei der Entstehung von regionalen Bildungslandschaften läuft das neue Schulgesetz also völlig zuwider.

Die NRWSPD hat sich unlängst für die mittelfristige Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems ausgesprochen und setzt dem schulpolitischen Rollback von Schwarz-Gelb das Modell der integrativen Gemeinschaftsschule entgegen. Diese integrative

Gemeinschaftsschule ist sowohl gesellschaftlich als auch bildungspolitisch, wie die vielen internationalen Vergleichsstudien uns radikal vor Augen geführt haben, überfällig. Während selbst die Medien über das massive Hauptschulsterben in Nordrhein-Westfalen berichten, präsentieren CDU und FDP ein weiteres Kapitel ihres Märchens von der „heilen Hauptschulwelt“. Die Realität sieht anders aus. Die Hauptschule ist nicht nur von zurückgehenden Schülerzahlen betroffen. Sie leidet auch unter einer besonders niedrigen Akzeptanz. Trotz guter Arbeit der Lehrkräfte und erheblicher zusätzlicher Ressourcen ist die Hauptschule durch ihre Stellung im Schulsystem kaum in der Lage, den Schülerinnen und Schülern Anreize und berufliche Perspektiven zu bieten.

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW hat unlängst veröffentlicht, dass die Schülerzahlen an den nordrhein-westfälischen Hauptschulen um 6,6 Prozent zurückgegangen sind. Keine andere Schulform hat einen so drastischen Schülerrückgang zu verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund ist die Realitätsverweigerung von CDU-Schulministerin Barbara Sommer und der Essener Landtagsabgeordneten von FDP und Union, die mit einer Qualitätsoffensive und dem Ausbau des Ganztags die Hauptschule künstlich am Leben erhalten wollen, mehr als nur bedenklich. Wer gleiche Bildungschancen für alle Kinder will, der muss die Gemeinschaftsschule einführen. Schon allein der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik prognostizierte Rückgang des Schülerbestandes in der Sekundarstufe I in Essen um 21,73 Prozent bis zum Jahr 2016 macht neue Ansätze in der Schullandschaft erforderlich. Mit der Gemeinschaftsschule hätten die Eltern auch bei geringeren Schülerzahlen, die ansonsten zwangsläufig zu Schulschließungen führen werden, für ihre Kinder ein wohnortnahes Schulangebot für alle Bildungsgänge.

Anstatt aber die Gesamtschulen zu stärken, fahren Schulministerin Sommer auf Landesebene und vor allem der FDP-Abgeordnete Witzel auf kommunaler Ebene eine Attacke nach der anderen gegen die Gesamtschulen. Während Witzel und sein CDU-Kollege Kuhmichel die Gesamtschule ab 2010 auf die Sekundarstufe I beschränken wollen, denunziert die Schulministerin die Leistungsfähigkeit der Gesamtschulen. Unterstützt werden die drei Bildungskoriphaen dabei auch von Reinhard Paß konservativem Herausforderer, der sich ebenfalls als bildungspolitischer Dinosaurier entpuppt hat. Dabei führen gerade die Gesamtschulen Schülerinnen und Schüler zum Abitur, die keine Gymnasialempfehlung erhalten haben.

## Kein Landesgeld für Schulbücher

Während der Beratung und Verabschiedung des Schulgesetzes im Jahr 2005 wurde nicht geregelt, dass diejenigen ALG-II-Empfänger, die vor Einführung des ALG-II keine Sozialhilfeempfänger waren (also z.B. Arbeitslosenhilfe bezogen), nicht vom Eigenanteil befreit sind. Hinzu kommt, dass die Regelung für die ehemaligen Sozialhilfeempfänger nur bis zum Ende des Schuljahres 2005/2006 galt und nun nur noch Sozialhilfeempfänger vom Eigenanteil befreit sind. Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte angekündigt, diese „Gesetzeslücke“ zu schließen. Dieses lauthals verkündete Versprechen löste sie aber bis heute nicht ein. Sie war nicht bereit, die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Auch in Essen hat sich die CDU erst nach langem Zögern durchringen können, Kindern von ALG-II-Empfängern Schulbüchern zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung lässt die Kommunen im Regen stehen, weil sie die Kosten und die zu erwartenden Konflikte auf die Städte und Gemeinden abwälzt. Die Landesregierung schafft eine sozialpolitisch höchst bedenkliche Ungleichheit zwischen Städten mit hohen Haushaltsdefiziten und finanziell besser gestellten Kommunen. Dementsprechend gibt es, abhängig von der Finanzkraft der Städte, unterschiedliche Sozialregelungen. Die Landesregierung fördert so die Ungleichbehandlung von Schülerinnen und Schülern mit ohnehin geringeren Bildungs- und Aufstiegschancen.

## Lehrerstellenchaos setzt sich fort

Die Landesregierung schreibt im Haushaltsplan 2009: „Gegenüber der Situation bei Übernahme der Regierungsverantwortung durch die jetzige Landesregierung im Jahr 2005 wird sich damit zum Schuljahr 2009/2010 die Unterrichtsversorgung an den öffentlichen und privaten Schulen um 6.915 zusätzlich geschaffene sowie 7.530 trotz zurückgehender Schülerzahlen den Schulen belassenen Lehrerstellen, also um insgesamt 14.445 Lehrerstellen verbessern.“ Hört sich alles gut an, die Realität sieht anders aus.

Die von der Landesregierung immer wieder vorgegaukelte Lehrstellenversorgung von im Schnitt 104,1 Prozent liegt in Wahrheit gerade mal bei 100,1 Prozent. Hochgerechnet bedeutet das de facto: 5.800 Lehrerstellen existieren nur auf dem Papier!

Auch stehen keine 6.915 neuen Lehrstellen für zusätzlichen Unterricht zur Verfügung. Abgezogen werden müssen knapp 3.000 Stellen für den Ganztags, 1.000 Stellen, die im August 2005 aufgrund gestiegener Schülerzahlen

(so der Finanzminister) besetzt wurden und 900 Stellen für den Vertretungspool an Grundschulen.

Verschwiegen wird auch, dass die 7.530 Stellen aus den „Demographiegewinnen“ den Schulen nur zur Verfügung gestellt werden, weil neue Aufgaben zu erledigen sind (Vorziehen des Einschulungsalters, Englisch in der Grundschule, Ausbau der Studententafel in der Sek. I aufgrund der Schulzeitverkürzung, Rückgabe der Vorgriffstunden etc.). Unterm Strich reduziert sich die Zahl auf knapp 2.000 Stellen, die angeblich für eine verbesserte Unterrichtsversorgung zur Verfügung stehen.

## Späte Einsicht beim Ganzttag

Im Jahr 2009 startete die Landesregierung ihre sogenannte „Ganztagsoffensive“, die sich aus dem „1.000-Schulen-Programm“, dem gebundenen Ganzttag an Realschulen und Gymnasien (in 2009 und 2010 jeweils 54 Realschulen und 54 Gymnasien, also in zwei Jahren insgesamt 216 Schulen) und der pädagogischen Übermittagsbetreuung (Geld oder Stelle) zusammensetzt. Dieses längst überfällige Ganztagsprogramm greift endlich die Forderung der SPD-Landtagsfraktion auf,

allerdings nicht konsequent genug. Bei näherer Betrachtung wird klar, dass es sich um ein Programm mit schwerwiegenden Mängeln handelt.

Das Investitionsprogramm ist unzureichend. Die Landesregierung stellt pro Schule maximal 100.000 Euro bereit. Eine völlig realitätsferne Summe, da Fachleute z.B. den Bau einer Mensa (ohne eigene Küche) mit rund 750.000 bis 1.500.000 Euro beziffern. Die Begrenzung des Investitionsprogramms auf zwei Jahre wird weder dem bestehenden und dem noch wachsenden Bedarf gerecht.

Folgen lassen sich schon jetzt konkret ablesen. Die Stadt Essen hatte 2,923 Millionen Euro im Rahmen des 1.000 Schulen-Programms beantragt. Bewilligt wurden ihr von der schwarz-gelben Landesregierung allerdings nur 2,039 Millionen Euro. Das sind knapp 900.000 Euro weniger als von der Stadt Essen eingeplant.

Hier zeigt sich, dass das Programm von Anfang an völlig unterfinanziert war und die Landesregierung wiederholt den tatsächlichen Bedarf der Schulen unterschätzt hat. Leidtragende sind einmal mehr die Kommunen, die Schulen und vor allem die Schülerinnen und Schüler, die ohne ein adäquates Ganztagsangebot ihren Schulalltag erleiden müssen.

## Jugend

Allen politischen Forderungen und den Versprechungen zum Trotz, haben Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) und sein Kabinett das Kinder- und Jugendfördergesetz nicht in der vorgesehenen Höhe von 96 Mio. Euro umgesetzt. Eine der wesentlichen Gründe für die gesetzliche Verankerung dieser Finanzierungsgrundlage war es, den Jugendorganisationen, den Trägern der offenen Jugendarbeit, den Trägern der Jugendkulturarbeit, den Initiativgruppen und auch den Trägern und Einrichtungen der Jugendsozialarbeit langfristige Planungssicherheit und Bestandsschutz zu geben.

Insbesondere der Umgang mit den beiden Volksinitiativen gegen die Kürzungen im Landeshaushalt 2006, die auch aus Essen intensiv unterstützt wurden, demonstrierte das Desinteresse der Landesregierung an einer breiten Bürgerbeteiligung. Dadurch wurde den jungen Menschen in diesem Land deutlich vermittelt, dass ihr Engagement und Einsatz für die eigenen Interessen nicht gewollt ist. Zwar wurde der Kinder- und Jugendförderplan um rund 5,1 Mio. Euro erhöht. Diese Steigerung erfolgte im Wesentlichen durch eine

Zusammenlegung mit dem Sonderprogramm für Jugend und soziale Brennpunkte, die von der SPD-Fraktion bereits in den Haushaltsberatungen 2008 gefordert wurde. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Kinder- und Jugendfördergesetz – entgegen der vorherigen Absichtserklärung aller Parteien – niemals in der vorgesehenen Höhe von 96 Mio. Euro umgesetzt worden ist. Die Landesregierung liegt ca. 16 Millionen Euro unter dem ursprünglich vorgesehenen Ansatz.

Zuletzt haben CDU und FDP noch weitere fragwürdige Veränderungen am Landesjugendplan vorgenommen. Der Bereich der „Besonderen Ansätze der Kinder- und Jugendarbeit“, der im Entwurf des Haushaltsplans noch einen Aufwuchs von 2,7 Mio. EUR erhalten sollte, darf nun nur noch mit einer ausgesprochen geringen Aufstockung rechnen. In diesen Bereich fallen unter anderem die geschlechterspezifische Mädchen- und Jungenarbeit, deren Notwendigkeit fachlich kaum anzuzweifeln ist.

Mit diesen Veränderungen am Jugendförderplan verabschieden sich die Regierungsfractionen endgültig vom Anspruch einer gestaltenden und nachhaltigen freien Kinder- und Jugendarbeit in NRW.

# Gesundheit und Soziales

Die Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege in NRW sind weiterhin massiv von Kürzungen betroffen. Insbesondere bleibt die grundsätzliche Frage ungelöst, wie die Landesregierung bei insgesamt rückläufigen Glücksspieleinnahmen sicherstellen will, dass die Freie Wohlfahrtspflege auch in Zukunft in die Lage versetzt wird, die subsidiären Aufgaben im Bereich der Sozialpolitik auszuführen.

Insgesamt benötigt soziale Arbeit in vielen Arbeitsfeldern zusätzliche Ressourcen, um mit Hilfe des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe den vielschichtigen Problemen vieler Bürgerinnen und Bürger unseres Landes (etwa Armut, Ausgrenzung, Pflegenotstand, Integration, mangelnde Prävention im Gesundheitsbereich, mangelnde Bildungsunterstützung) qualifiziert und durch die Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe begegnen zu können.

Die geringe finanzielle Ausstattung geht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, für die es nur noch eingeschränkt Schulungen, Fortbildungen und Qualifizierungen geben kann. Der Appell allein, dass Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt engagieren sollen, reicht nicht aus. So wird der Umfang des Engagements auf Dauer nicht zu steigern sein, sondern führt zu Verdruss sowie zu Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlusten. Gebraucht wird eine nachhaltige Förderstruktur, die eine verlässliche Dienstleistung für die Engagierten bietet.

Auf den ersten Blick scheint der Haushalt 2009 mehr Mittel für die Familienbildung bereitzustellen. Hier verbirgt sich aber die unter sozialen Aspekten fragwürdigste Änderung hinter einem fachlichen Desaster: Die Modellfinanzierung für Projekte zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit sollte auf Null gekürzt. Das ist sozial - so die einhellige Meinung aller Fachleute - unververtretbar. Die Mittel zur „Abwicklung“ der laufenden Projekte wurden wiederum in der Titelgruppe für die Familienhilfe und Familienbildung ausgewiesen. Auch das ist fachlich - so wiederum die einhellige Meinung aller Fachleute - unververtretbar.

Die Vermeidung von Wohnungslosigkeit hat schlicht und einfach nichts mit der Familienbildung und der Familienhilfe zu tun. Familienpolitisch unververtretbar ist ebenso, dass dadurch der Etat für diese beiden wichtigen Bereiche um 300.000 Euro gekürzt wurde. Davon, dass sich Nordrhein-Westfalen zum „familienfreundlichsten

Bundesland“ entwickeln soll, ist an dieser Stelle nichts zu spüren: Ganz im Gegenteil werden die Kürzungen der letzten Jahre noch weiter verschärft.

## Krankenhausförderung

Der Stopp der Investitionsprogramme 2006 und 2007 und damit die Blockierung von lange geplanten, wichtigen Baumaßnahmen haben den Investitionsstau in NRW enorm verschärft. Im Frühjahr 2008 brachte Schwarz-Gelb ein neues Krankenhausgesetz in den Landtag ein, in dessen Folge die Umstellung der Einzelförderung auf eine Baupauschale mit gleichzeitiger Erhöhung der Finanzmittel um 20 Millionen Euro festgeschrieben wurde. Dementsprechend müssten im NRW-Haushalt entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Faktisch ist dies aber nicht im ausreichenden Maße der Fall und der Investitionsstau wird weiter erhöht.

Darüber hinaus birgt das neue System eine Menge Risiken für die Krankenhäuser: Es wird ein Konzept vermisst, wie der Investitionsstau in nordrhein-westfälischen Kliniken abgebaut werden kann; die unterschiedliche Bausubstanz der Krankenhäuser findet keine Berücksichtigung; mit den vorgesehenen Pauschalen wird bewusst ein Substanzverlust vieler Krankenhäuser in Kauf genommen. Für Krankenhäuser werden als Nutzungsdauer für Krankenhausgebäude 50 Jahre angenommen. Der Zeithorizont für die Beibehaltung des derzeitigen Bauzustandes beläuft sich nach Berechnungen einzelner Träger auf 100 Jahre und mehr; es werden Fördermittel in erheblicher Höhe verloren gehen, da bis zu 40 Prozent der Baupauschalen für Zinszahlungen für am Kapitalmarkt aufzunehmende Darlehen verwendet werden müssen.

Die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser haben jedes Jahr rund vier Millionen Patienten auf qualitativ hohem Niveau medizinisch zu versorgen. Dieses wird ihnen auch zukünftig nur gelingen, wenn sie Investitionen in die medizin-technische Ausstattung und Baumaßnahmen tätigen können.

Wir sind nun schon im dritten Jahr, ohne dass die Landesregierung irgendeinem Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen die Planungssicherheit für Neuinvestitionen gegeben hätte. In 2008 wurde sehr deutlich, dass die Umstellung der Krankenhausförderung von

Einzelinvestitionen auf eine Pauschalförderung ohne Übergangsphase erfolgt und so billigend in Kauf genommen wird, dass es zu großen Verwerfungen kommt. Dieser Prozess wird in 2009 weiter fortschreiten. Auch die Erhöhung des „Krankenhausportals NRW“ um fünf Millionen Euro kann nicht davon ablenken, dass die Landesregierung weit hinter der Erwartung zurückbleibt, die sie selber an die Bundesregierung stellt, nämlich die Barmittel für Krankenhäuser deutlich zu erhöhen.

Die Bundesregierung hat dies mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) getan.

Von diesem Gesetz werden die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen erheblich profitieren. Sie erhalten damit Mehreinnahmen von rund 900 Millionen Euro. Die Kampagne von NRW-Gesundheitsminister Laumann hat sich als falsch erwiesen, den NRW-Krankenhäusern drohten durch das Gesetz massive Einnahmeverluste. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat sich mit ihrem Konzept gegen starke Widerstände durchgesetzt und die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Dieser Einsatz von Ulla Schmidt hat sich für die NRW-Krankenhäuser gelohnt.

## Pflege- und Seniorenpolitik

Damit die Seniorenarbeit auch zukünftig vor allem auch als Prävention verstanden wird (etwa zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit) muss die Landesregierung alles tun, um die sozialpolitischen Rahmenbedingungen zu erhalten, auszubauen und zu vernetzen. Es ist zugleich notwendig, dass die Landesregierung die Kommunen bei der Entwicklung eines zeitgerechten Systems präventiver Angebote und Maßnahmen aktiv unterstützt.

Dabei ist den vergangenen Jahren wiederholt kritisiert worden, dass vor allem die Absenkung der Landesförderung für die komplementären ambulanten

Dienste eine ganzheitliche, wohnortnahe Versorgung gefährdet und dem sozialpolitischen Ansatz „ambulant vor stationär“ entgegen läuft. Die offensichtlich intendierte Weiterfinanzierung durch kommunale Träger hat nicht flächendeckend stattgefunden, so dass durch den Wegfall von Fördermitteln die Angebote verringert bzw. teilweise eingestellt werden mussten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, um dem Wunsch der meisten Seniorinnen und Senioren nachzukommen, den Erhalt der eigenen Häuslichkeit so lange wie möglich sicherzustellen, aber auch um eine Kostenexplosion in der stationären Pflege zu verhindern.

## Frauen

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben sich in den letzten Jahren sukzessive aus der Frauenpolitik verabschiedet. Sie wird verstanden als eine eher unbedeutende Unterkategorie der Familienpolitik und auch so behandelt. Es reicht nicht aus, Frauen nur dann zu fördern, wenn sie mehrfach benachteiligt sind.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Infrastruktur für Frauen faktisch zerschlagen, um die uns viele andere Länder in der Vergangenheit sehr beneidet haben. Dafür haben wir nicht zuletzt deshalb wenig Verständnis, weil der gesamte Frauenetat im Landeshaushalt mit knapp 15 Millionen Euro ohnehin nur noch zu einer Restgröße ohne Gestaltungsmacht verkommen ist.

Aus den Kürzungen der Mittel für die Frauenhäuser hat sich für diese Einrichtungen eine bedenkliche Veränderung in deren täglicher Arbeit ergeben. Der

Wegfall der Finanzierung der so genannten „vierten Stelle“ konnte in der Regel nur durch Entlassungen oder Streichungen von Stellenanteilen kompensiert werden. Dadurch ist nicht nur die nachsorgende Betreuung von ehemaligen Bewohnerinnen vollständig zum Erliegen gekommen, sondern auch eine Aufnahme von betroffenen Frauen außerhalb der Bürozeiten nahezu unmöglich geworden.

Diese erwartbare Entwicklung ist leider nicht die einzige Folge der Mittelkürzung geblieben. In den Frauenhäusern sind in den letzten drei Jahren zahlreiche Plätze Opfer der schwarz-gelben Streichorgie im Landeshaushalt geworden. Auch wenn die Landesregierung behauptet, die Plätze seien allein auf die rückläufige Aufnahme von Kindern zurückzuführen, müssen wir aufgrund eigener Erkenntnisse davon ausgehen, dass in der täglichen Praxis mindestens ein

Drittel dieser Plätze nicht auf mittelbar betroffene Kinder sondern unmittelbar betroffene Frauen entfallen. Das führt in der Praxis dazu, dass in Ballungsräumen wie im Ruhrgebiet eine „Notaufnahme“ nicht mehr möglich ist, sondern betroffene Frauen entweder in ländliche Räume verwiesen werden oder alternativ ihre Bedrohung weiter erdulden müssen. Frauenhäuser brauchen keine

Wartezimmer. Wir fordern daher eine auskömmliche Finanzierung der Frauenhäuser, die in der Fläche wirkt und auch eine Betreuung nach Verlassen der Einrichtung möglich macht. Da die Betreuung der Kinder nicht durchgängig sichergestellt werden kann, sind in Essen insbesondere für Frauen mit Kindern Probleme bei der Aufnahme ins Frauenhaus entstanden.

## Arbeits-, Wirtschafts- und Strukturpolitik

 Nach Außen gibt der Ministerpräsident gerne den Arbeiterführer an Rhein und Ruhr. Doch in Wahrheit ist er der Anführer einer neoliberalen Koalition deren Politik sich gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen richtet. Die Liste der arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Fehlleistungen ist lang.

Die Budgetplanung des CDU-Arbeitsministers Karl-Josef Laumann dokumentiert, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen einen minderen Stellenwert einnimmt. Als Rechtfertigung für die umfangreichen Kürzungen führt die Landesregierung an, dass die ESF-Mittel der EU deutlich rückläufig sind. Das ist zutreffend, erklärt jedoch nicht, warum Landesmittel gleichfalls reduziert werden.

Wir meinen, wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Bereits in drei Branchen gibt es nun einen Mindestlohn, der Arbeitnehmer vor Lohndumping schützt. Das ist gut, reicht uns aber nicht. Unser Ziel bleibt ein flächendeckender Mindestlohn. Auch wenn das Landesarbeitsministerium einen anderen Eindruck erzeugen will, die CDU/FDP-Landesregierung arbeitet auf Bundesebene aktiv gegen flächendeckende Mindestlöhne. Derzeit blockiert die CDU in NRW gemeinsam mit ihren Parteifreunden in Berlin die Einführung eines Mindestlohnes für Leih- und Zeitarbeiter. In NRW erhalten rund 150.000 Menschen 45 Prozent weniger als ihre festangestellten Kollegen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften sind wir uns einig, dass auch hier gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten muss.

Während das Tariftrueugesetz im ebenfalls CDU-geführten Hessen eingeführt wurde, haben CDU und FDP es in NRW abgeschafft. Nun können auch solche Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten, die sich nicht an tarifliche Vereinbarungen halten.

NRW war einst das Mitbestimmungsland Nummer Eins in Deutschland. Unter Jürgen Rüttgers hat sich das

um 180 Grad gewendet. Gegen alle Widerstände hat die Koalition gravierende Änderungen am Landespersonalvertretungsgesetz vorgenommen und die Mitbestimmungsrechte bei personellen Einzelmaßnahmen sowie bei organisatorischen und sozialen Angelegenheiten stark beschnitten. Bis zur Landtagswahl 2010 werden wir gemeinsam mit den Gewerkschaften ein modernes Landespersonalvertretungsgesetz entwickeln, das die arbeitnehmerfeindlichen Sauerereien rückgängig macht und ein zukunftsweisendes Mitbestimmungsrecht beinhaltet.

Auch die Leistungen des Landes für ein qualitativ hochwertiges Ausbildungsangebot werden - entgegen den Aussagen des Arbeitsministers - deutlich zurückgefahren. Die Mittel für den Bau und die Ausstattung beruflicher Bildungsstätten wurden um nahezu die Hälfte gekürzt. Das hat unmittelbar negative Auswirkungen auf die Ausbildung im Verbund und damit auf die Ausbildung in den Unternehmen, die nicht die gesamte Ausbildungsverordnung im Betrieb abbilden können. Mit dem Rückgang der Mittel bleibt die Ausstattung der Bildungsstätten hinter dem betrieblichen und technologischen Stand zurück. Die Auszubildenden werden an Maschinen ausgebildet, die nicht mehr State of the Art sind. Das technologische Know-how ist jedoch einer der wesentlichen Qualifizierungs- und damit Standortvorteile des nordrhein-westfälischen Ausbildungssystems.

Daneben trifft es auch die Arbeitslosen hart. Mit den Stimmen von CDU und FDP hat das Aus für zahlreiche Arbeitslosenzentren beschlossen. Mit dieser schwerwiegenden und dramatisch unsozialen Entscheidung lassen CDU und FDP die Arbeitslosen im Regen stehen. Mit dem endgültigen Beschluss, die Landesförderung aller Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen zu beenden, isoliert die schwarz-gelbe Landesregierung die Arbeitslosen und erschwert ihre berufliche und gesellschaftliche Integration. Gut

Zweidrittel dieser unabhängigen Anlaufstellen für Arbeitssuchende sind ersatzlos von der Landkarte verschwunden; in Essen haben drei von fünf Beratungsstellen ihre Pforten geschlossen.

Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion NRW hat die SPD auf Bundesebene gegen den Widerstand der CDU das Konzept eines Sozialen Arbeitsmarktes durchgesetzt. Ziel ist die Schaffung von 100.000 Jobs für die Menschen, die kaum Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Doch die Bundesmittel zur Finanzierung der Langzeitarbeitslosen im Sozialen Arbeitsmarkt werden hier in NRW nicht vollständig abgerufen. Wir müssen vor Ort in den Kommunen, wo die Arbeitsmarktpolitik umgesetzt wird, stärker für dieses Instrument werben.

## Ausbildende Betriebe belohnen

Ausbildung ist das Rezept gegen den Fachkräftemangel von morgen. Die SPD-Fraktion tritt deshalb dafür ein, die Instrumente und Maßnahmen zur Stärkung des Ausbildungsmarktes zu schärfen und schlägt u.a. vor, den von der Bundesregierung geschaffenen Ausbildungsbonus weiterentwickeln. Wir haben darüber hinaus das Konzept „2 mal 2000“ entwickelt. Es soll aus Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit finanziert werden und den Unternehmen für jeden zusätzlichen Ausbildungsplatz 2.000 Euro vergüten. Weitere 2.000 Euro gäbe es dann, wenn der Auszubildende die Prüfung erfolgreich abgelegt hat. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die Kammern keine Gebühren mehr für die Prüfungsanmeldung erheben. Diese Gebühr soll unserer Auffassung nach in Zukunft über die allgemeine Umlage bei allen Unternehmen erhoben werden, damit vorbildliche Ausbildungsbetriebe nicht schlechter gestellt werden als diejenigen, die nicht ausbilden.

## Strukturpolitik? Fehlanzeige!

Auf das im Jahr 2005 versprochene „Zukunftsinvestitionsprogramm Ruhr“ warten wir bis heute. Statt eigenständige Akzente zu setzen lebt Schwarz-Gelb nach wie vor von den Projekten der SPD-geführten Vorgängerregierung. Ohnehin hat sich die Landesregierung aus der aktiven Strukturpolitik abgemeldet: Wirtschaftsministern Christa Thoben (CDU) hat unlängst den Strukturwandel für beendet erklärt. Wir glauben, dass die Metropole Ruhr aber auch weiterhin im Wandel begriffen ist und die besondere Aufmerksamkeit der Landespolitik braucht. Dafür setzen wir uns als SPD-Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet ein.

Regelmäßig treffen wir uns zu intensiven Gedankenaustauschen und entwickeln Ideen, die das Revier weiter voranbringen sollen. Die wenige CDU-Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet haben indes keine Lobby bei der Landesregierung und in den sie tragenden Fraktionen. Schlimmer noch, beteiligen sie sich aktiv an der ruhrgebietsfeindlichen Politik von Union und Liberalen.

Die Förderpolitik der Landesregierung ist ein einziger Offenbarungseid. Landesmittel zur Kofinanzierung der EU-Mittel werden zu Lasten der Kommunen und in Hoffnung auf private Kofinanzierungsmittel weiter reduziert. Überdies ist die vernünftige Regional- und Strukturpolitik einer über das ganze Land verwässerten Wirtschaftsförderpolitik. Schwerpunktsetzung, Fehlanzeige! Bei der Förderpolitik und bei der Frage, wohin sich das Land und die Regionen entwickeln sollen ist die Landesregierung ohne Kopf und Kompass.

## Industrie, Mittelstand und Handwerk stärken

In der aktuellen Krise und im Vergleich zu anderen Ländern zeigt sich wie richtig es war, nicht nur auf Dienstleistung zu setzen und ein Standbein in der industriellen Produktion zu bewahren. Dies ist aber kein Verdienst schwarz-gelber Regierungsarbeit sondern der Erfolg einer sozialdemokratischen Industriepolitik. Die Wirtschaftsförderung läuft ins Leere, weil ziel- und planlos. Eine konzeptionelle Industrie- und Mittelstandspolitik findet nicht statt.

Das wichtigste Förderinstrument des Landes, die Strukturhilfen der EU (Ziel-2-Förderung) kommt nicht in Gang, da die schwarz-gelbe Landesregierung gegen Expertenrat ein teures, undurchsichtiges, kompliziertes und langsames Wettbewerbssystem eingeführt hat, das kleine und mittelständische Betriebe häufig schon von der Teilnahme bei den Wettbewerben abschreckt. Die katastrophale Bilanz: Von den mehr als 2,56 Milliarden Euro, die die EU dem Land bis 2013 zur Verfügung stellt, sind in 2007 und 2008 gerade einmal 25,1 Millionen Euro an die Wirtschaft in NRW geflossen. Wiederholt haben wir gefordert, die schleppenden Wettbewerbe um kurzfristig wirkende Instrumente zu erweitern.

Der einzige Impuls den Schwarz-Gelb in der Mittelstandspolitik gesetzt hat, war die ersatzlose Abschaffung des alten Mittelstandsgesetzes. Die Rufe von SPD und den kleinen und mittelständischen Unternehmen nach einem modernen Mittelstandsfördergesetz werden nicht erhört. Diese Politik zeigt Wirkung. Im aktuellen Mittelstandbarometer fällt NRW im Ländervergleich auf den neunten Platz zurück.

Das Handwerk ist eine wichtige Säule unseres Mittelstands. Die SPD-Fraktion hat deshalb ein Konzept „Gutes Handwerk“ entwickelt, um möglichst optimale Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg in sozialer Verantwortung der Betriebe zu gestalten und Hürden zu überwinden. Dazu haben wir passgenaue

Beratungslösungen in einem „Scheckheft Handwerk“ zusammengefasst. Darüber hinaus haben wir vorgeschlagen, ein Gütesiegel „Fairer Betrieb“ einzuführen. So sollen nur Betriebe an Ausschreibungen teilnehmen können, die zum Beispiel adäquat ausbilden und faire Löhne zahlen.

## Starke Städte

Starke Städte sind für uns die Basis für ein starkes Land. Doch die Städte und Gemeinden sind in einer schlechten Verfassung. Viele von ihnen haben keinen genehmigten Haushalt. Aus eigener Kraft können sich die Kommunen kaum noch helfen; egal wie viel sie sparen. Doch CDU und FDP schauen weg. Schlimmer noch, haben sie den Städten und Gemeinden die Mittel gekürzt oder vorenthalten und ihnen weitere Aufgaben zugewiesen, ohne das finanziell auszugleichen.

Statt wie Schwarz-Gelb am Spielfeldrand zu stehen haben wir das „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ entwickelt, um den Kommunen wieder Luft zum Atmen zu verschaffen und ihnen die Möglichkeit zu geben, eine strukturelle Haushaltskonsolidierung einzuleiten. Allein für 2009 hätte das von uns vorgeschlagene Entlastungspaket eine Liquidität in Höhe von gut 190 Millionen Euro für die Stadt Essen frei gemacht. Kernpunkt des SPD-Vorschlags ist ein Fond der NRW-Bank in Höhe von sieben Milliarden Euro. Die NRW-Bank soll über einen Zeitraum von fünf Jahren Zinsen und Tilgung für besonders belastete Kommunen finanzieren. Damit erhalten die Gemeinden eine merkliche Entlastung in ihrem Verwaltungshaushalt. Zur Finanzierung des Fonds wären jährlich etwa 350 Millionen Euro aus dem Landshaushalt bereitzustellen, die neben einem Eigenanteil der NRW Bank in Höhe einer einprozentigen Förderdividende für Zinsen und Tilgung benötigt würden. Doch wie viele andere gute Vorschläge lehnte die Koalition auch diesen aus parteipolitischen Gründen ab, ohne eigene

Antworten auf die Haushaltsmisere in den Kommunen zu geben.

### Nach Bedürftigkeit statt nach Himmelsrichtung

Angesichts der schwierigen Haushaltslage der nordrhein-westfälischen Kommunen muss nach Meinung der SPD-Fraktion auch beim Solidarpakt Ost umgehend umgesteuert werden. Allein Essen hat in den vergangenen zehn Jahren rund 285 Mio. Euro in den Solidarpakt gezahlt. Diese Zahlungen können sich die klammen Kommunen nicht mehr leisten. Deshalb ist es notwendig, die Kommunen schrittweise von den Lasten des Solidarpaktes zu befreien. Darüber hinaus muss die finanzielle Unterstützung aus diesem Pakt auch für die strukturschwachen Regionen im Westen geöffnet werden. Hilfe darf nicht mehr nach der Himmelsrichtung, sondern muss nach Bedürftigkeit verteilt werden. Die heutigen Zahlungen sind im Jahr 2001 verabredet und für einen sehr langen Zeitraum - bis 2019 - festgeschrieben worden. Seitdem hat sich die finanzielle Lage der Kommunen allerdings drastisch verändert. Die Annahmen, von denen Bund und Länder damals ausgegangen waren, stimmen nicht mehr. Die Kommunen sind schlicht und einfach überfordert, wenn ihnen weiterhin diese Lasten aufgebürdet würden. Deshalb muss endlich umgesteuert werden. Schließlich ist eine arme Stadt eine arme Stadt - egal ob in Ost oder West.

## Wahltrickserei und Gemeinde(un)ordnung

Seit dem Amtsantritt der schwarz-gelben Landesregierung sind die Kommunen in Nordrhein-Westfalen den ständigen Angriffen aus der Düsseldorfer Staatskanzlei hilflos ausgeliefert. Nach einer verkorksten Reform der Gemeindeordnung erreicht die

kommunalfeindliche Politik der Landesregierung mit der Trickserei beim Kommunalwahltermin ihren nächsten traurigen Höhepunkt. Gegen die Aushöhlung demokratischer Rechte kämpfen wir mit allen politischen und juristischen Mitteln.

## Keine Wahltrickserei

Der ursprüngliche Plan von CDU und FDP die Kommunalwahl am 7. Juni 2009 zusammen mit der Europawahl stattfinden zu lassen, ist durch höchstrichterliche Rechtssprechung geplatzt. Mit ihrem Urteil folgten die nordrhein-westfälischen Verfassungsrichter unserer Auffassung, dass die willkürliche Festlegung des Wahltermins mehrere Monate vor dem Ende der Wahlperiode der kommunalen Parlamente gegen die Verfassung verstößt. Dies war im übrigen bereits die sechste Niederlage, die sich Jürgen Rüttgers und Innenminister Ingo Wolf (FDP) vor dem Verfassungsgericht eingefangen haben. Doch die Trickserei geht munter weiter. Statt nun am Tag der Bundestagswahl auch die Kommunalwahlen durchzuführen, haben CDU und FDP mit dem 30. August einen Extratermin angesetzt, um die Wahlbeteiligung aus machttaktischen Erwägungen heraus niedrig zu halten. Offensichtlich haben Rüttgers und seine Leute Angst vor allzu großer Wahlbeteiligung. Diese Spielchen kosten den Steuerzahler zusätzliche 42 Millionen Euro. Geld, das an anderen Stellen dringend benötigt wird. Die Auseinandersetzung über dieses demokratieschädliche Vorgehen ist noch lange nicht beendet.

Auch die von CDU und FDP beschlossenen Novellen der Gemeindeordnung und des Kommunalwahlgesetzes machen vieles schlechter und nichts besser.

Billigend nehmen CDU und FDP in Kauf, dass Großstädte wie Essen künftig Gefahr laufen, von Oberbürgermeistern regiert zu werden, die nur noch einen Bruchteil der eigenen Wahlbevölkerung repräsentieren. Auch hier klagt die SPD-Fraktion mittlerweile vor dem NRW-Verfassungsgericht.

Das Ziel mehr Bürgerinnen und Bürger an die Wahlurnen zu bekommen, ist gründlich verfehlt worden. Das genaue Gegenteil ist jedoch der Fall: Durch die Entkoppelung von Wahlterminen wird der Wahlmüdigkeit weiter Vorschub geleistet. Die SPD-Landtagsfraktion ist nach wie vor der festen Überzeugung, dass statt über Trennung, über Zusammenlegung von Wahlterminen nachgedacht werden muss. Initiativen der SPD zur sinnvollen Weiterentwicklung des Wahlrechtes, wie etwa das Mindestalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken, sind von Union und FDP abgelehnt worden. Einzig und allein Kumulieren und Panaschieren, das Anhäufen und Verteilen so vieler Stimmen wie der Stadtrat Sitze hat, ist angesichts des von der SPD angeführten breiten Widerstandes vom Tisch.

## Gift für die Kommunalwirtschaft

Durch die Änderung des Paragraphen 107 der Gemeindeordnung (Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen) wird künftig sinnvolle und notwendige Weiterentwicklungen kommunaler Betriebe verhindert. Das benachteiligt die kommunalen Unternehmen gegenüber den Privaten und sorgt für einen Tod auf Raten. Der angebliche Bestandsschutz wird das nicht verhindern können. Dieser schwarz-gelbe Privatisierungswahn führt zu steigenden Kosten für die Bürgerinnen und Bürger, zu weiterem Abbau öffentlicher Dienstleistungen und möglicherweise auch zu einem Verlust sicher geglaubter Arbeitsplätze. Kommunale Auftraggeber vergeben Jahr für Jahr Aufträge in Millionenhöhe an den lokalen Mittelstand und fördern somit auch die heimische Wirtschaft.

## Integrationsräte in der Gemeindeordnung fest verankern

Wir fordern seit langem ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen, die bereits vier Jahre ihren rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland haben. Wer dauerhaft in Deutschland lebt, muss die Möglichkeit haben, über die Belange in den Kommunen mit zu entscheiden.

Solange es noch keine verfassungsändernde Mehrheit für Nicht-EU-Ausländer gibt, müssen die Partizipationsmöglichkeiten, die in der Gemeindeordnung vorgesehen sind, ausgebaut und an die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten angepasst werden.

In den Debatten zu einem Antrag der Grünen, in den entsprechenden Ausschussberatungen und im Plenum des Landtags Nordrhein-Westfalen haben wir Sozialdemokraten Anfang 2009 deutlich gemacht, dass es mit uns keinen Kompromiss geben wird, der mit dem Beginn einer neuen Legislaturperiode die Wahl zwischen einem Integrationsrat oder einem Ausländerbeirat offen lässt.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen einen Integrationsrat, in dem die direkt von Migranten gewählten Vertreterinnen und Vertreter in einem Verhältnis von Zweidrittel zu einem Drittel die Mehrheit stellen. Wir wollen ein Gremium mehrheitlich durch Migranten besetzen, die auch direkt von Migrantinnen und Migranten gewählt worden sind.

Die Erfahrungen aus den Städten, die schon einen Integrationsrat gebildet haben, zeigen, dass dies tatsächlich der beste Weg ist – sowohl bei der

Maximierung der Wahlbeteiligung als auch beim Interesse der Migrantinnen und Migranten für die Inhalte, die in diesem Gremium besprochen werden. Sie fühlen

sich so von den Räten und den Ratsmitgliedern deutlich ernster genommen und sehen ihre Anliegen intensiver berücksichtigt.

## Wenns ums Geld geht: Sparkasse!

Im November 2008 hat Schwarz-Gelb die Änderungen zum Sparkassengesetz beschlossen.

Der Finanzminister musste im Zeichen der Wirtschaftskrise und unter dem Druck der Kommunen, Verbände und Öffentlichkeit seine betonierte Haltung aufgeben und das geplante Gesetz an ganz zentralen Stellen verbessern. Zwar wurde einzelne gefährliche Giftzähne einer Privatisierung entfernt. Aus unserer Sicht ist in diesem Gesetz aber noch nicht alles ausgeschlossen, was eine mögliche Privatisierung bewirken könnte.

Die Einführung von nicht handelbarem Trägerkapital ist ein solches Einfallstor. Wir sehen da nach wie vor Gefahrenpotential für den Einstieg Privater in unsere kommunalen Sparkassen.

Die Sparkassen haben im Gegensatz zu Privatbanken nicht ausschließlich Renditeerwartungen im Blick, so dass die Bildung von Stammkapital diesem Grundprinzip entgegenwirken könnte. Zudem darf der nachhaltige Nutzen der Sparkassen für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen nicht durch kurzfristige Finanzinteressen überlagert werden.

Die Sparkassen haben im schwierigen Fahrwasser der Wirtschaftskrise ihre Stabilität und Verlässlichkeit eindrucksvoll bewiesen. Gerade spekulative Investoren würden diese verlässliche Säule der Bankenlandschaft in NRW gefährden. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass auch zukünftig keine Sparkasse in NRW privatisiert werden kann.

## Haushalt und Finanzen

In den Beratungen zum Landeshaushalt für das Jahr 2009 hat die SPD-Landtagsfraktion erneut einen deutlichen inhaltlichen Schwerpunkt zugunsten von Kindern, Jugend, Familie und Bildung gesetzt. Die Änderungsanträge haben gezeigt: Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten bekennen sich zu einem sozialen Nordrhein-Westfalen, in dem Potenziale gefördert und Chancen genutzt werden. Der politische Schwerpunkt der SPD wird vollständig durch Umschichtungen im Landeshaushalt gedeckt. Dies ist wie in den Jahren zuvor der Grundsatz einer seriösen sozialdemokratischen Haushaltspolitik.

Das Haushaltsvolumen steigt erneut. In diesem Jahr um 1,4 Milliarden auf 52,7 Milliarden Euro. Dabei kündigen CDU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag vom 20. Juni 2005 eine „nachhaltige Rückführung des ungebremsten Ausgabenanstiegs“ an. Das Volumen der Landeshaushalte seit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch CDU und FDP im Frühsommer 2005 stieg um über 5,43 Milliarden auf 52,7 Milliarden Euro.

Bereits im November 2008 musste der Finanzminister mit der Ergänzungsvorlage die zu erwartenden

Steuereinnahmen für das Jahr 2009 nach unten korrigieren. Nachdem in den Jahren 2005 bis 2008 Steuermehreinnahmen in Höhe von fast acht Milliarden Euro zu verzeichnen waren, werden die Steuereinnahmen in diesem Jahr erstmals wieder rückgängig sein.

Obwohl der Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 in seinen Grundzügen bereits im August 2008 vom Finanzminister in den Landtag eingebracht wurde, steht er ganz im Zeichen der weltweiten Finanzkrise und der damit verbundenen wirtschaftlichen Konsequenzen.

Trotzdem lässt dieser Haushalt konkrete Maßnahmen des Landes zur Förderung der Konjunktur vermissen. Der Ministerpräsident hat in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden am 16. Dezember 2008 angekündigt, im Jahr 2009 „Investitionen von 2,99 Milliarden Euro voranzubringen“.

Tatsächlich handelt es sich dabei allerdings fast ausschließlich um Mittel, die bereits im Haushaltsentwurf 2009 (Stand 11/08) eingestellt waren beziehungsweise um Mittel des Bundes. Dieser Haushaltsentwurf wurde in seinen Eckpunkten vom Finanzminister am 18. Juni 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt und am 27. August 2008 in

den Landtag eingebracht. Von der Landesregierung und der Landtagsmehrheit wird also ein Haushaltsentwurf im Nachgang als Konjunkturprogramm verkauft, der bereits ein halbes Jahr alt ist! Die Landesregierung hat also ihre Chance vertan, eigene und kurzfristig wirksame Impulse zur Stützung der Konjunktur und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen zu setzen.

CDU und FDP haben alle Vorschläge für Veränderungen ihrer Haushaltspolitik in Richtung einer Schwerpunktsetzung und damit verbunden für eine zukunftsfähige Politik abgelehnt. Sie entziehen sich einer Debatte über die erforderlichen Schritte zum Umsteuern. Sie halten stur an dem einmal eingeschlagenen Kurs fest. Er führt erkennbar in eine Sackgasse – NRW verliert!

## Hochschule

 Für Sozialdemokraten bedeutet „Beste Bildung“ für den Hochschulbereich: Chancengleichheit für Studierwillige. Zur Umsetzung des Prinzips Chancengleichheit gehört aus unserer Sicht vor allem ein gebührenfreies Erststudium. Und wir brauchen eine neue Initiative zur sozialen Öffnung der Hochschulen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW „fördert“ dagegen Selektion und Ausgrenzung. Seit Einführung der Studiengebühren sinkt in NRW die Zahl der Studienanfänger im Verhältnis zur Zahl derjenigen, die eine Studienberechtigung erworben haben, gravierend. Die am 30.06.2008 für NRW erhobenen Daten zeigen einen Rückgang von 4,2 Prozent gegenüber 2005.

Am Universitätsstandort Duisburg-Essen waren zum Wintersemester 2006/2007 noch 32.582 Studierende eingeschrieben, zum Wintersemester 2007/2008 hat sich die Zahl um knapp 10 Prozent auf 29.676 reduziert.

Studiengebühren beeinflussen die Entscheidung für ein Studium negativ - und zwar insbesondere bei Studierwilligen (Studienberechtigten) aus bildungsfernen Schichten. Oder z.B. bei familiären Konstellationen, in denen einerseits das für eine Förderung (bspw. BAFÖG) maßgebliche Haushaltseinkommen die Bewilligungsschwelle knapp übersteigt, die durch Studiengebühren und sonstige Aufwendungen für das Studium erforderlich werdenden Mittel andererseits jedoch die Finanzkraft des Haushalts übersteigen würden.

Nach der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks halten 40% der Studierenden die Finanzierung ihres Studiums für unsicher. Lediglich die Erhöhung des BAFÖG auf Bundesebene, für die wir uns als Landtagsfraktion besonders eingesetzt haben, hat hier eine Verbesserung der Situation gebracht.

Nach 14 Semestern schuldet ein Studierender der NRW-Bank rund 11.000 Euro an Studiengebühren und Zinsen. Diese exorbitante Verschuldung zum Studienabschluss und Arbeitsbeginn durch die Aufnahme

eines Kredits für das Studium hält junge Menschen u.a. davon ab, in dieser Zeit eine Familie zu gründen.

Insgesamt und insbesondere durch die Erhebung von Studiengebühren für das Erststudium sind im Hochschulbereich soziale Barrieren aufgebaut worden, die dringend wieder beseitigt werden müssen. Und: Die ersten Berichte über die Verwendung von Studiengebühren zeigen darüber hinaus, dass die Ziele, die mit deren Einführung verbunden wurden, nicht annähernd erreicht werden. Von einem Euro Studiengebühr kommen lediglich 24 Cent wirklich bei den Studierenden zur Verbesserung ihrer Studienbedingungen an. Zu viel der zusätzlich eingenommenen Mittel wandert in Ausfallfonds und Rücklagen. Die Abschaffung der Studiengebühren ist deshalb der einzige und richtige Weg.

Problematisch stellt sich die Lage auch für studierende Mütter und Väter dar. Mit unserem Antrag „Familienfreundliche Hochschule“ wollten wir erreichen, dass es bessere Betreuungsmöglichkeiten – insbesondere für Unterdreijährige – an den Universitäten gibt und dass die Studienbedingungen für Studentinnen und Studenten mit Kindern flexibler gehandhabt werden. Studium und Familie müssen wirklich vereinbar werden. Unterbrechungszeiten von bis zu neun Semestern sind bei studierenden Müttern und Vätern nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Wir brauchen darüber hinaus mehr Möglichkeiten für Menschen ohne Abitur, die jedoch in ihrem Berufsleben Kompetenzen vielfältiger Art entwickelt haben, sich zusätzlich durch ein Hochschulstudium weiterzubilden. Hintergrund für diese Forderung ist auch der steigende Bedarf an qualifizierten Fachkräften, auf den unsere Volkswirtschaft angewiesen ist und der schon heute nicht gedeckt werden kann. Wir haben mit unserem Antrag „Hochschulzugang öffnen“ die Landesregierung aufgefordert, die Zugangshürden für Berufspraktiker zu beseitigen.

Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz hat die Landesregierung ihre „Privat-vor-Staat“-Maxime auch im Wissenschaftsbereich durchgesetzt. Durch dieses Gesetz hat das Land Mehrkosten und finanzielle Risiken auf die Hochschulen verlagert. Die Hochschulen sind gezwungen, sich vermehrt an der wirtschaftlichen Verwertbarkeit universitärer Forschung auszurichten. Die Freiheit der Wissenschaft wird einer zunehmenden Marktabhängigkeit geopfert. Die Vernachlässigung der „unwirtschaftlichen“ geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer erscheint in diesem Konzept folgerichtig.

Weitere Eckpunkte schwarz-gelben Versagens in der nordrhein-westfälischen Hochschulpolitik: Kürzungen im Wissenschaftsetat und bei den Studentenwerken haben zur Verschlechterung der Studienbedingungen insgesamt beigetragen.

Die Angestellten an Hochschulen in NRW mussten durch den Wegfall des Status als Landesbedienstete erhebliche Nachteile hinnehmen.

Die noch im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb geforderte Abschaffung der ZVS ist gescheitert. Auch die Landesregierung musste inzwischen einsehen, dass die ZVS eine unentbehrliche Service- und Beratungsarbeit für Studierende leistet.

Das von der Regierungskoalition in NRW selbst gesteckte Ziel der Schaffung neuer Studienplätze steht vor dem Scheitern. Laut Hochschulpakt 2020 muss die Landesregierung 26.000 zusätzliche Plätze für Studienanfängerinnen und Studienanfänger in NRW schaffen - und zwar bis 2010. Davon ist sie nicht nur meilenweit entfernt; sondern insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften gibt es massive Rückschritte im Angebot von Studienplätzen. Anstatt Studienplätze zu schaffen und Kapazitäten auszubauen, baut die Landesregierung lieber teure neue Fachhochschulen, die frühestens in zehn Jahren arbeitsfähig sein werden. Pure Symbolpolitik, um vollmundigen Versprechen von Rüttgers gerecht zu werden.

## Innen und Justiz

Das Innen- und das Justizressort glänzen durch nichts, außer durch Pleiten, Pech und Pannen. Und dennoch kleben sie an ihrem Stuhl. Wie die Justizministerin Müller-Piepenkötter (CDU) trotz eines Foltermordskandals in der JVA Siegburg oder gewaltsamen Übergriffen auf Häftlingen in anderen Anstalten. Oder wie ihr liberaler Kollege, Ingo Wolf, der rekordverdächtige sechs herbe Niederlagen mit Ansage binnen vier Jahren beim NRW-Verfassungsgerichtshof kassiert hat.

### Wolf im Wolfspelz

Im Wahlkampf noch FDP-Spitzenkandidat wurde Ingo Wolf durch Intrigen und Wendungen seiner Partei „nur“ Innenminister. Das muss so verwirrend gewesen sein, dass zahlreiche Autofahrer seine widersprüchlichen Aussagen zur „Wende in der Verkehrspolitik“ missverstanden und im Stau das Wenden auf der Autobahn probten. Verwirrung auch im Schneechaos im Münsterland November 2005: Erst mit über 24 Stunden Verspätung setzte Wolf einen Krisenstab zur Katastrophenbekämpfung ein.

Unter dem „Kommunalminister“ Wolf erleben die Städte und Gemeinden in NRW millionenschwere

Kürzungen bei gleichzeitiger Umverteilung der Lasten vom Land auf ihre Schultern: Beim Elternbeitragsdefizit ausgleich ein Minus von 42,3 Millionen Euro, bei den Sprachstandsfeststellungen aller Vierjährigen übernimmt das Land trotz gesetzlicher Verpflichtung die Kosten nicht mehr, bei der Lernmittelfreiheit für Sozialhilfe- und ALG-II-Empfänger stehen mangels Einigung mit dem Land hier nun die Kommunen in der Verantwortung, der Grundstückfonds des Landes zur Aufbereitung von Brachflächen wird auf Null gesetzt und die kommunalen Krankenhäuser treffen massive Kürzungen.

Bereits in der 13. Legislaturperiode haben wir die dringend notwendige Neuorganisation der Polizei in Angriff genommen und begonnen die Vorschläge einer Expertenkommission umzusetzen. Diese Reform wurde von Christdemokraten und Liberalen jäh gestoppt. Auf eine umfassende Reform warten wir bis heute. Bislang bleibt es bei einem Flickenteppich von isolierten Einzelmaßnahmen.

Die Neueinstellung von 1.100 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern im Jahre 2008 ist sicherheitspolitische Augenwischerei. Der Gutachterdienst des Landtags hat festgestellt, dass dem für das Haushaltsjahr 2009 ein Abbau von 790 Planstellen gegenübersteht. Da die Anwärterinnen und Anwärter natürlich nicht sofort voll

einsetzbar sind, bleibt per Saldo weniger Sicherheit. Besorgniserregend ist auch der vorgelegte Bericht zur Altersstruktur der Polizei. Ohne gezielte Maßnahmen wird im Jahr 2015 jeder zweite Polizist älter als 50 Jahre sein. Die SPD-Fraktion hat einen Maßnahmenkatalog zur Bewältigung der Altersentwicklung vorgeschlagen. Dazu gehört eine Öffnung der Einstellungsmöglichkeiten für Fachoberschülerinnen und -schüler, die sich im Rahmen ihrer Ausbildung für die Fachhochschulreife weiterqualifizieren können. CDU und FDP sind auch hier wie immer völlig planlos.

Jegliches Verständnis fehlt der Landesregierung auch für die soziale Lage der Polizeibeamten und Feuerwehrleuten. Die Verschiebung der Besoldungsanpassung, die Absenkung des Weihnachtsgeldes - all dies macht den Polizei- und Feuerwehrdienst nicht attraktiver. Und auch der Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit, der als Ausgleich für die hohe Belastung gezahlten Polizei- und Feuerwehrzulage, wiegt schwer. Durch diese faktische Pensionskürzung haben ehemalige Feuerwehrleute und Polizisten künftig rund 90 Euro monatlich weniger im Portemonnaie. Kaum eine Berufsgruppe ist derartigen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt. Die Stressfaktoren des Polizei- und Feuerwehrdienstes führen nicht nur zu Gesundheitsbeeinträchtigung, sondern auch zu einer kürzeren Lebenserwartung. Deshalb muss unserer Auffassung nach der materiell gezahlte Ausgleich für diese besonderen Belastungen auch nach dem Ende der aktiven Dienstzeit berücksichtigt werden. So wie die schwarz-gelbe Landesregierung darf man nicht mit Menschen umgehen, die tagtäglich ihr Leben und ihre Gesundheit für das Allgemeinwohl aufs Spiel setzen. In den unionsregierten Ländern Baden-Württemberg und Bayern sieht man das ebenso. Sie haben die im Zuge der Föderalismusreform hinzugewonnene Kompetenz genutzt und rechnen die Erschwerniszulagen wieder auf das Ruhegehalt an. Unseren Vorschlag dies auch in NRW so zu machen, lehnten CDU und FDP ab.

Bürgerrechte scheinen dem liberalen Innenminister weniger wichtig zu sein. Denn Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland bereits eine rechtliche Grundlage gegen die verfassungsrechtlichen Bedenken von SPD für Online-Durchsuchungen durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz geschaffen. Ein von uns in Auftrag gegebenes Gutachten hat unsere Einschätzung bestätigt, dass das im Dezember 2006 vom Landtag beschlossene Gesetz gegen das Grundgesetz verstößt. Die Karlsruher Richter erklärten im Februar 2008 die im NRW-Verfassungsschutzgesetz geltende Regelung zu Online-Durchsuchungen für grundgesetzwidrig.

Der Rechtsextremismus ist, das zeigen die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre, weiter auf dem Vormarsch. Insbesondere zeichnet sich die rechtsextreme Szene durch steigende Gewaltbereitschaft aus. Für uns ist ein Ansatz den Politikunterricht an Schulen zu stärken und die Landeszentrale für politische Bildung mit mehr Mitteln auszustatten. Wir wollen eine Kultur des Hinsehens und der Courage fördern. Darüber hinaus muss der Staat seine rechtlichen Möglichkeiten voll ausschöpfen und mit der ganzen Härte des Gesetzes gegen prügelnde und pöbelnde Rechtsextremisten vorgehen. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus, gegen das Vergessen und für die Demokratie bleibt zentrales Thema von uns Sozialdemokraten. Wie wichtig dieser Kampf ist, zeigen die Nazi-Aufmärsche in Borbeck und Frohnhausen, die auch auf unseren massiven Widerstand getroffen sind.

## Gute Rechtspolitik geht anders

In der Justizpolitik hat der Folterskandal von Siegburg zahlreiche Defizite im Jugendstrafvollzug zu Tage gefördert. Justizministerin Müller-Piepenkötter (CDU) musste zugeben, dass der Justizvollzug in NRW eben nicht den vom Bundesverfassungsrecht festgelegten Vorgaben genügt. Ein Offenbarungseid für die Justizpolitik in NRW und für die Ministerin, die sich durch ein katastrophales Krisenmanagement auszeichnet. Es ist traurig, dass erst ein schrecklicher Foltermord geschehen musste, damit die Landesregierung reagiert und Eckpunkte für ein nordrhein-westfälisches Jugendstrafvollzugsgesetz umsetzt, die die SPD-Fraktion bereits vor dem Vorfall in Siegburg vorgelegt hat.

Für die SPD ist klar: Jugendliche sollen nicht nur weg gesperrt, sondern auf den rechten Weg zurückgeführt werden. Jugendliche müssen in der Haft vor Gewalt untereinander geschützt sein. Der staatlichen Gewalt müssen Grenzen gesetzt werden, in dem jugendliche Häftlinge Rechtsansprüche erhalten. Der offene Vollzug ist für uns nicht nur eine Möglichkeit zur Vorbereitung auf die Entlassung, sondern soll Regelvollzug sein. Der hierzu eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuss hat seine Arbeit im März 2008 beendet. Auf unsere Initiative hin wurde im Anschluss eine Enquete-Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen ins Leben gerufen. Für die SPD-Fraktion sind in erster Linie Prävention, die Begleitung und gezielte Kontrolle von gefährdeten Kindern und Jugendlichen sowie eine Verkürzung von Verfahrensabläufen und Maßnahmen zur Haftvermeidung die richtigen Mittel zur Bekämpfung von

Jugendkriminalität. Die Rückfallquote nach Jugendhaft liegt bei etwa 70 Prozent. Wegsperrern, wie die CDU es fordert, ist also keine Lösung. Ebenso wenig sinnvoll sind die Unionsforderungen nach einer Senkung der Strafmündigkeitsgrenze auf unter 14 Jahre, nach mehr Härte und nach Erziehungscamps. Im Übrigen belegt die Kriminalstatistik, dass die Kriminalitätsbelastung bei den unter 21-jährigen nur leicht gestiegen ist. Die Kampagne der CDU entpuppt sich somit als durchsichtiges politisches Manöver. Wir setzen auf frühe Hilfe. Das verhindert nicht nur ein Abgleiten auf die schiefe Bahn, sondern erspart uns die Kosten von morgen. In den Städten und Gemeinden gibt es schon heute eine Vielzahl guter Projekte zur Kriminalprävention. Den Kommunen fehlt nur leider häufig das Geld, diese dauerhaft umzusetzen.

Der ehemaligen Vorsitzenden des deutschen Richterbundes in Nordrhein-Westfalen und jetzigen Justizministerin ist darüber hinaus ein ganz besonderes Kunststück gelungen: Wegen ihrer Haushalts- und Besoldungspolitik ist es ihr gelungen, die größte Demonstration von Richtern und Staatsanwälten in der Geschichte Nordrhein-Westfalens zu provozieren - und dies organisiert vom Deutschen Richterbund.

Einen traurigen Rekord hält NRW auch bei der Verfahrensdauer vor Gerichten. Rund 10,8 Monate dauert beispielsweise ein durchschnittliches Familienverfahren. In den anderen juristischen Fachdisziplinen sieht es nicht besser aus. Einer der Gründe liegt in einem weiteren gebrochenen Versprechen der schwarz-gelben Landesregierung. Statt mehr, gibt es immer weniger Richterstellen. Allein von 2005 bis 2007 sind unter Union und FDP rund 250 Stellen bei den Amtsgerichten weggefallen. Daneben kürzt die Landesregierung bei

sinnvollen Projekten in den Bereichen der Straffälligenhilfe, der Haftvermeidung, der externen Drogenberatung und beim Täter-Opfer-Ausgleich.

Auf einem absoluten Irrweg befindet sich die Justizministerin auch mit Blick auf die nordrhein-westfälische Gerichtsstruktur. Statt des Ausbaus einer effizienten und bürgernahen Justiz plant die Ministerin die Schließung kleiner Amtsgerichte. Auch die Amtsgerichte in Borbeck und Steele sind hiervon bedroht. Für die betroffenen Stadtbezirke eine Hiobsbotschaft; insbesondere vor dem Hintergrund der Bestrebungen Mittelzentren wie Borbeck und Steele nachhaltig zu stärken. Für den Erhalt der Amtsgerichte haben wir gute Gründe genannt. Die Argumente für eine Schließung ist das Justizministerium bis heute schuldig. Unserem massiven Widerstand und dem einer Vielzahl lokaler Akteure, ist zu verdanken, dass das Ministerium in dieser Frage den geordneten Rückzug angetreten hat und derzeit keine akute Gefahr für die Gerichte in Steele und Borbeck besteht. Ganz beerdigt sind die Pläne allerdings nicht. Mittelfristig sieht das Ministerium aber keine Möglichkeiten der Zusammenlegung am Standort des Land- und Amtsgericht in Holsterhausen. Wir arbeiten daran, dass das auch langfristig so bleibt.

Die sozial kalte Schulter zeigt die Landesregierung den Menschen mit keinem oder geringem Einkommen. Mit ihren Vorstößen zur Reduzierung der Prozess- sowie der Beratungskostenhilfe will sie bedürftige Menschen systematisch von der Teilhabe in unserem Justizsystem fernhalten. Sein Recht durchzusetzen wird unter Schwarz-Gelb damit zunehmende zu einer Frage des Einkommens und des Vermögens. Diese höchst unsozialen Reformvorhaben konnten wir gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion stoppen.

## Wohnen

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat seit ihrer Regierungsübernahme Stück für Stück das Landeswohnungsvermögen als Steinbruch zur Haushaltssanierung missbraucht. Zur Erinnerung: Seit über 50 Jahren gibt es das Wohnungsbauvermögen des Landes. Es ist in der politischen Verantwortung der SPD aufgebaut und viele Jahre durch Zuschüsse aus dem Landeshaushalt aufgestockt worden. Heute umfasst es einen Wert von ca. 18 Mrd. Euro und erwirtschaftet einen Überschuss pro Jahr von ca. 100 Mio. Euro.

Letztendlich sind dies Gelder, die über die monatlichen Zahlungen der Mieterinnen und Mieter in öffentlich geförderten Wohnungen zurückfließen. Gegen den Widerstand der SPD-Fraktion hat die Landesregierung in den letzten Jahren folgende Fördermittel abgezogen: 2008 34 Mio. Euro, 2007 47 Mio. Euro, 2006 107 Mio. Euro. Dabei steigt der Bedarf an Wohnungen, vor allem im Bestand, in Zukunft drastisch an. So wird das Angebot an preisgebundenen Wohnungen in den nächsten Jahren massiv zurückgehen. In absoluten Zahlen: 1992 unterlagen

in NRW 1,1 Millionen Wohneinheiten einer Preisbindung, 2019 werden es unter 400.000 sein.

Gleichzeitig wächst, angesichts der Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung und den steigenden Anforderungen zum Energiesparen, der Bedarf an energetisch saniertem und barrierefreiem Wohnraum auch im sozialen Wohnungsmarkt dramatisch an. Es ist daher zu erwarten, dass es auf dem Wohnungsmarkt zu massiven Engpässen kommen wird - insbesondere für ältere Menschen mit kleinen Renten, die auf bezahlbaren Wohnraum im sozialen Wohnungsbau angewiesen sind. Aber offensichtlich ist dies alles nur der Anfang vom Ende einer gezielten und umfassenden öffentlichen Wohnungspolitik in NRW. Jetzt plant die Landesregierung die sogenannte Vollintegration der Wohnungsbauförderungsanstalt mit dem genannten Vermögen von rund 18 Mrd. Euro in die NRW Bank und die Aufhebung der bestehenden Zweckbindung. Damit sind einer Zweckentfremdung der Mittel Tür und Tor geöffnet. Als Folge stehen deutlich weniger Mittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

Mit diesem Thema wird die SPD-Landtagsfraktion in 2009 mit der CDU/FDP Landesregierung die

Hauptauseinandersetzung führen. Nach dem Verkauf der LEG, nach dem Zugriff auf die Überschüsse der Wfa soll nun offensichtlich das Gesamtvermögen auf den Altar der „Privat vor Staat“ Ideologie geopfert werden. Wir werden und müssen alles tun um dies zu verhindern.

## LEG - nach dem Verkauf

Beim Verkauf der LEG hat die SPD mit vielen anderen gewarnt: Vor Mieterhöhungen, vor Weiterverkäufen und vor Investitionskürzungen. Unser Vorwurf war und ist, die schwarz-gelbe Landesregierung überlässt die LEG den Heuschrecken. Aktuelles Beispiel Unna: Miethöhen im Sozialen Wohnungsbau oberhalb des Mietspiegels für frei finanzierte Wohnungen und oberhalb der Wohnkosten, die für ALG II-/ Hartz IV-Empfänger übernommen werden. Möglicherweise ist die LEG auf Druck ihrer neuen Eigentümerin Whitehall nicht mehr in der Lage, marktgerechte und sozial verantwortbare Mieten auszuweisen und testet jetzt in Unna die Zahlungs- und Leidensbereitschaft der Mieter. Die SPD wird auch diese skandalösen Entwicklungen genauestens verfolgen und in die parlamentarische Auseinandersetzung bringen.

## Verkehr

■ Eine Verkehrspolitik aus einem Guss und mit begründeten Prioritäten findet nicht statt. Auffälligster Beleg: 2010 läuft das von allen vier Fraktionen im Landtag beschlossene Luftverkehrskonzept aus, doch die Landesregierung weigert sich eine Festschreibung über 2010 hinaus vorzulegen. Ganz offensichtlich ist der Opportunismus so groß, dass man sich von jeder -notwendigen- Diskussion vor Ort scheut.

Die SPD jedenfalls wird parlamentarisch auf die erforderliche Festschreibung drängen. Flughäfen und Anwohner brauchen gleichermaßen Klarheit über die Absichten von CDU und FDP. Noch schwieriger aber ist, dass der von rot-grün erfolgreich betriebene Ausbau des ÖPNV nun zurückgedreht wird. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat NRW die bundesweit gekürzten sogenannten Regionalisierungsmittel nicht über die erhöhten Mehrwertsteuereinnahmen ausgeglichen. Trotz mehrfacher Aufforderungen hat die Landesregierung die Verkehrsverbände im Stich gelassen. Gerade in der aktuellen Auseinandersetzung mit der DB fehlen dem VRR zum Beispiel die gekürzten Regionalisierungsmittel.

Mögliche Folge ist eine weitere Reduzierung im ÖPNV/SPNV Angebot oder aber eine neuerliche Belastung der kommunalen Haushalte.

Vollmundig stellt sich die Landesregierung auch hinter das Projekt „RRX“ als neue Schnellverbindung zwischen Dortmund und Köln. Finanziell engagiert sich hierbei allein der Bund. Bis heute hat das Land keinerlei Mittel etwa für die Fahrzeugförderung eingeplant.

Auf dieser Linie liegt auch das von der CDU/FDP Mehrheit verabschiedete Hafensicherheitsgesetz. Gegen den Rat fast aller Experten und gegen den Widerstand von SPD und Grünen hat die Regierungskoalition die Kosten der Sicherheitsanforderungen den privaten Betreibern auferlegt, obwohl es sich hier eindeutig um eine hoheitliche Aufgabe handelt. Bei einer Bereisung der Häfen in NRW war der Unmut gegenüber der Landesregierung deutlich zu spüren.

Trotz einer Steigerung der Gesamtmittel für Instandhaltung und Neubau der Landesstraßen sind auch hier CDU und FDP weit hinter den vollmundigen Ankündigungen im Wahlkampf zurückgeblieben.

Insgesamt also eine Verkehrspolitik ohne Richtung und tatsächlichem Engagement.

Die SPD erwartet und fordert demgegenüber einen Masterplan Verkehr der Antworten gibt, wie man auf die weiter steigenden Mobilitätsanforderungen auf allen vier Verkehrsträgern reagieren will.

## Umweltzone Ruhrgebiet

Auf einem Irrweg ist die Landesregierung auch bei dem Versuch das Feinstaubproblem in der Metropole Ruhr in

den Griff zu bekommen. Statt, wie von Experten und den Ruhrgebietsstädten gefordert, eine zusammenhängende Umweltzone Ruhr auszuweisen, gibt es nun einen nutzlosen Flickenteppich, der zahlreiche Belastungsscherpunkte ausklammert. In Essen sind nahezu der gesamte Stadtbezirk Borbeck sowie problematische Teile der Stadtteile Karnap und Vogelheim, wie zum Beispiel die Hafenstr., umweltzonenfreie Inseln. Das provoziert weitere Verkehrsverlagerungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Eine gerechte Lösung, die alle Menschen gleichermaßen schützt, sieht anders aus.

## Energie

Auch in der Energiepolitik betreibt die Landesregierung die Rolle rückwärts. So fordern die großen Energiekonzerne mit Unterstützung von CDU und FDP immer lautstarker den Ausstieg aus dem vereinbarten und gesetzlich festgelegten Atomausstieg.

Demgegenüber halten wir am klaren Kurs fest. Das Atomgesetz regelt verbindlich den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Risiken durch den Betrieb, die Gefahren durch die Verbreitung von waffenfähigem Nuklearmaterial und vor allem die ungeklärte Endlagerfrage sind nach wie vor die durchschlagenden Gründe um am Ausstieg festzuhalten. Zur Versorgungssicherheit brauchen wir stattdessen moderne

Stein- und Braunkohlekraftwerke, kleine KWK-Anlagen, Biomassekraftwerke und natürlich den Ausbau erneuerbarer Energiequellen.

Wir setzen folglich auf die konsequente Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms, wie es in einer verbindlichen Vereinbarung zwischen der damaligen Landesregierung und dem RWE bereits 1994 festgeschrieben wurde. Vor diesem Hintergrund steht fest: Wir müssen und auf harte Auseinandersetzungen in der Energiepolitik einstellen. Die SPD-Landtagsfraktion wird am beschriebenen Kurs festhalten und Landesregierung und Stromkonzerne nicht aus ihren Verpflichtungen entlassen.

## Ehrenamt

Trotz zahlreicher Lippenbekenntnisse hat sich die schwarz-gelbe Landesregierung nie ernsthaft dem Ziel verschrieben, das Ehrenamt in NRW besser zu stellen und die ehrenamtlich Aktiven in dem Maße anzuerkennen, wie ihr Dienst an der Gesellschaft es gebieten würde. Stattdessen wurden Mittel für Einrichtungen, die hauptsächlich ehrenamtlich betrieben werden, gestrichen, die Übungsleiterpauschale gekürzt und bürokratische Hemmnisse aufgebaut.

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition versuchte darüber hinaus ein ums andere Mal, einzelne Ehrenamtsbereiche gegeneinander auszuspielen. Wir als SPD-Fraktion haben uns klar gegen solche Ab- und Ausgrenzungen verwahrt. Wir stehen für einen übergreifenden Ehrenamtsbegriff. Ehrenamt ist vielfältig

und jede Sparte hat ihre Berechtigung für die Gesellschaft. Es war somit die SPD-Fraktion, die in mehreren Anträgen und Plenardebatten Partei für die „Helfer“ in unserem Land ergriffen hat. „Weg von den reinen Sonntagsreden und hin zu echter Unterstützung in der täglichen Arbeit“, heißt unsere Devise. Ehrenamtliches, bürgerschaftliches und Selbsthilfe-Engagement ist Ausdruck unserer Kultur eines solidarischen Zusammenlebens. Diesem Einsatz gebührt Anerkennung, Respekt und Unterstützung.

Frühzeitig hat deshalb die SPD-Fraktion im Landtag NRW Ende 2006 den Bundesfinanzminister in seinen Bemühungen unterstützt, mit dem sogenannten „Zehn-Punkte-Katalog“ das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland besser zu stellen. Das Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht wurde großzügiger gestaltet, um

Spender, Stiftungen, Vereine, Übungsleiter und alle Menschen, die sich engagieren und für unser Gemeinwesen aktiv werden, zu unterstützen. Zu diesen Änderungen gehören unter anderem die Vereinheitlichung und Erhöhung der Höchstgrenzen für den Spendenabzug, die Anhebung des Übungsleiterfreibetrags, die Einführung eines Abzugs von der Steuerschuld für ehrenamtliche Leistungen bis zu einer bestimmten Höhe sowie der Abbau bürokratischer Hemmnisse. Aber auch in der jüngsten Zeit hat sich die SPD im Landtag NRW für das bürgerschaftliche Engagement stark gemacht. Dazu zwei Beispiele:

Der ehrenamtliche Einsatz in Bildungseinrichtungen, geleistet zumeist von Eltern, soll nach Meinung der SPD-Landtagsfraktion einheitlich und möglichst unbürokratisch honoriert und anerkannt werden. Hierzu soll der § 10b des Einkommenssteuergesetzes geändert werden. Im Fokus der SPD-Fraktion stehen darüber hinaus die Freistellungsregeln für kommunales ehrenamtliches

Engagement sowie die bessere Vereinbarkeit von kommunalem Mandat, Familie und Beruf. Dieser Antrag der SPD trägt dem Umstand Rechnung, dass es immer schwieriger wird, Menschen für ein kommunales Mandat zu gewinnen. Die hohe zeitliche wie inhaltliche Inanspruchnahme durch das Mandat steht den familiären und anderen privaten Verpflichtungen, wie auch den erhöhten Anforderungen an örtliche und zeitliche Flexibilität am Arbeitsplatz entgegen.

Die SPD-Fraktion forderte deshalb die Landesregierung auf, die Freistellungsregelungen so zu erweitern, dass auch moderne flexible Arbeitszeiten berücksichtigt werden können. Ferner soll gewährleistet werden, dass auch für Termine, die im Zusammenhang mit dem kommunalen Mandat stehen sowie für kommunalpolitische Bildungsveranstaltungen diese Freistellungsregeln zur Geltung kommen. Eine Expertenkommission soll sich nun dem Problem der Vereinbarkeit von Familie und Mandat widmen.

## Kultur

Als Kulturhauptstadt 2010 stehen Essen und die Region Ruhrgebiet im besonderen Fokus. Dabei gilt es, die Impulskraft und den Schwung des Kulturhauptstadtjahres zu nutzen und zu verstetigen, um auch nach 2010 breitenwirksame kulturelle Projekte und kulturelle Bildung in Essen und dem Ruhrgebiet aufrechterhalten zu können.

Die von der Landesregierung vollmundig angekündigte Erhöhung des Kulturförderetats fiel bisher einseitig zu Gunsten der Förderung kultureller Leuchttürme aus. Diese Schwerpunktsetzung ging und geht einher mit großen finanziellen Einschnitten im Bereich der offenen Jugendkulturarbeit und im Bereich der Medienkultur (z.B. Filmförderung). So wird deutlich: Schwarz-Gelb will sich eher mit großen „Events“ schmücken als verantwortungsvoll mit der Gesamtheit nordrhein-westfälischer Kultur umzugehen. Uns geht es hingegen in der langfristigen Perspektive um den Erhalt der kulturellen Vielfalt und - mit Blick auf die Jugend - um die Stärkung der Funktion der Kultur bei der Vermittlung sozialer Fertigkeiten und als Bindeglied der Gesellschaft.

Kulturangebote zum Bestandteil der Ganztagschulen zu machen, Kindern und Jugendlichen im offenen Ganztag kulturelle Eigeninitiative und Kreativität zu ermöglichen und Akzeptanz für verschiedene Kulturen zu fördern - das sollen wesentliche Ziele sein. Neben dem

Erlernen eines Musikinstruments müssen dabei auch andere Kultur“äußerungen“ ermöglicht werden: Tanz, Gesang und Theater.

Wie halbherzig schwarz-gelbe Kulturpolitik ist, zeigen die folgenden Beispiele: Anstatt das Engagement für Kulturausflüge von Schulklassen zu begrüßen, gab die Landesregierung einen Erlass heraus, demzufolge der Besuch von Kinder- und Jugendtheatern als „Veranstaltung außerhalb des Schulgeländes“ nur zulässig sei, wenn kein Unterricht ausfiele. Nach harter Kritik der rot-grünen Opposition wurde der Erlass zwar wieder einkassiert, Kinder- und Jugendtheater hatten aber bereits Besucherrückgänge zu beklagen.

Das Projekt der Landesregierung „Jedem Kind ein Instrument“, das auf eine Initiative der Zukunftsstiftung Bildung und ein Modellprojekt der Musikschule Bochum zurückgeht, eignet sich zwar gut für die Öffentlichkeitsarbeit - es hapert aber noch daran, den notwendigen Instrumentenunterricht (und damit die kulturelle und bildungsmäßige Nachhaltigkeit des gesamten Projekts) auch anzubieten. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass es auch Kindern aus finanziell schwächeren Familien möglich ist, an einem solchen Bildungsangebot teilzunehmen. Wenn eine Teilnahme jedoch von Eltern gesondert finanziert werden muss, ist dies ein weiterer Schritt in kulturelle Chancenungleichheit.

Für das Vorzeigeprogramm der Landesregierung „Kultur und Schule“ wurde auch im Kulturhaushalt 2009 nur unwesentlich mehr Geld bereitgestellt. Und: An einem Großteil von Kindern geht dieses Programm komplett vorbei. Denn nur Kinder in gut situierten Kommunen, die sich die Ko-Finanzierung leisten können, profitieren. Auch hier führt die schwarz-gelbe Landesregierung das Thema Chancengleichheit ad absurdum!

„Sperrige“ und ungewöhnliche Kunst und Kultur ist in NRW stets gefördert worden. Nordrhein-Westfalen hat daher eine besonders komplexe freie Kulturszene. Dank kommunaler Finanzierungen konnte in den letzten Jahren vieles an freien Initiativen und Projekten sowie an kommunalen Kulturinstitutionen aufrecht erhalten werden.

Um so gravierender sind in diesem Zusammenhang die Einschnitte bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen, die in den Haushaltsplänen der Landesregierung vorgenommen wurden. Insbesondere Kommunen in Haushaltssicherung können sich die „freiwilligen“ Ausgaben für Kultur nicht mehr leisten. Bibliotheksschließungen und fehlende Mittel zur Instandhaltung von Kultureinrichtungen beeindrucken die Landesregierung dabei nicht. Im Plenum kommentiert die FDP die Situation eher sarkastisch als kulturbewusst: die Städte sollten sich eben kein „defizitäres Theater ans Bein binden“.

Für das kulturelle Angebot und insbesondere die Aktivitäten zur Kulturhauptstadt 2010 war und ist es

unerlässlich, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken. Essen trägt mit sechs Millionen Euro die größte kommunale Finanzierungslast bei der Finanzausstattung für die Ruhr 2010 GmbH.

Mit unserem Antrag „Kulturhauptstadt 2010 - Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern“ haben wir die Landesregierung aufgefordert, den finanziellen Handlungsspielraum der Städte zu erweitern und es insbesondere den Kommunen in der Haushaltssicherung oder vorläufigen Haushaltsführung zu ermöglichen, die finanziellen Mittel für die Kulturhauptstadt auszuweisen.

Anders als sozialdemokratisch verantwortete Landesregierungen hat die jetzige Landesregierung die Bereiche Kultur und Stadtentwicklung in unterschiedlichen Ressorts getrennt. Gerade durch die Verknüpfung dieser beiden Ressorts jedoch konnten echte Synergien erzielt werden. So wurden mit Städtebaumitteln Kultureinrichtungen saniert, erweitert oder neu gebaut. Davon haben insbesondere sozio-kulturelle Zentren profitiert wie auch das gesamte Thema „Kultur und Integration“. Solche Projekte kommen bei Schwarz-Gelb nun stets zu kurz. Die Integrationskraft kultureller Projekte - sowohl im interkulturellen Zusammenleben wie auch in Bezug auf die gleichberechtigte Teilhabe der unterschiedlichen Schichten und Gruppen unserer Gesellschaft - wird unterschätzt. Im Handeln der Landesregierung tut sich eine große - fast schon überwunden geglaubte - Kluft zwischen „staatstragender“ etablierter Kultur und vernachlässigter freier, partizipationsorientierter Kultur auf.

## Zeitungsmarkt

 Mit den Großen Anfragen der SPD zum Zeitungsmarkt in NRW und der antwortenden Landesregierung ist es gelungen, einen umfassenden Überblick über die Zeitungslandschaft zu erhalten.

Wichtige Ergebnisse sind zum Beispiel, dass fast alle Zeitungen mit Anzeigen- und Auflagenrückgang zu kämpfen haben. Hinzu kommt die Konkurrenz der neuen Medien insbesondere bei den jüngeren Menschen. Deshalb soll auch nach Auffassung der SPD die Zeitung integraler Bestandteil des Schulunterrichts werden.

Trotz Finanz- und Wirtschaftskrise, trotz der strukturellen Probleme bleiben Zeitungen und die Vielfalt der Meinungen Herzstück für Information und

Kommunikation. Vor allem die Zeitungen haben die Kernkompetenz bei regionaler Berichterstattung.

Deshalb appelliert die SPD auch nachdrücklich an den WAZ-Konzern nicht die zentrale Kompetenz, die lokale und regionale Vielfalt mit den vier Titeln aufzugeben. Nach unserer Auffassung geht das jetzige Konzept der Umstrukturierung in die falsche Richtung. Drastische Einschnitte in die lokale publizistische Vielfalt gefährden eine Regionalzeitung in ihrem Markenzeichen.

Für die SPD kommt es deshalb darauf an, Instrumente zu entwickeln, die unter veränderten Bedingungen publizistische Vielfalt und Qualitätsjournalismus mit regionalem Bezug sichern.

## Politik vor Ort

Neben den Plenarsitzungen, den Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskreise sowie der Landtagsfraktion und des Fraktionsvorstandes vollzieht sich ein großer Teil der Abgeordnetenarbeit vor Ort in den Wahlkreisen. Als Abgeordnete sind wir Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. Bei den Veranstaltungen vor Ort nutzen die Menschen die Möglichkeit der unmittelbaren und direkten Kontaktaufnahme. Gleichzeitig erreichen uns viele Anfragen auf telefonischem, elektronischem und dem Postweg.

Insbesondere für Oppositionsabgeordnete ist die „Kleine Anfrage“ ein wichtiges politisches Instrument. Durch sie hat jeder Abgeordnete die Möglichkeit, Fragen zu bestimmten Sachverhalten zu stellen, die dann von der Landesregierung beantwortet werden. Neben den „Kleinen Anfragen“ mit übergeordneter und fachbereichsbezogener Relevanz gab es eine Vielzahl „Kleiner Anfragen“ mit lokalem Bezug. Die „Kleinen Anfragen“ stehen auf den jeweiligen Internetseiten zur Verfügung und können bei Bedarf in den Abgeordnetenbüros angefordert werden.

Naturgemäß zählt die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu unseren wesentlichen Aufgaben. In den einzelnen politischen Fachbereichen haben wir uns mit entsprechender Resonanz sowohl in regionalen aber auch überregionalen Print- und Onlinemedien sowie Funk und Fernsehen geäußert. Einen ebenso großen Bereich nimmt die lokale Medienarbeit ein. Auch hier haben wir über diverse landespolitische Entwicklungen mit Auswirkungen auf die Stadt Essen berichtet und uns in entsprechenden Debatten eingeschaltet. Mit den Essener Medienvertretern pflegen wir im Rahmen eines Medienabends einen regelmäßigen Austausch. Einzelne Pressemitteilungen und -meldungen können auf den Webseiten nachgelesen, ein ausführlicher Pressespiegel kann bei Bedarf in den entsprechenden Büros eingesehen werden.

Die im Folgenden skizzierten Wahlkreisaktivitäten sind exemplarisch und bei weitem nicht vollständig. Gerne stehen wir Euch auch für persönliche Gespräche über die Details unserer Arbeit zur Verfügung.

### Schwarzbuch

Die schwarz-gelbe Landespolitik ist schlecht für die Stadt Essen. Gemeinsam haben wir zum Jahreswechsel 2008/

2009 ein Schwarzbuch erarbeitet, in dem wir die negativen Auswirkungen der Politik von CDU und FDP auf die Stadt Essen dokumentieren. Kritisch betrachten wir dabei auch die Rolle der Essener Abgeordneten von CDU und FDP. Das Schwarzbuch gibt es online und in gedruckter Form.

### Britta Altenkamp

Als ständige Themen in meinem Wahlkreis sind der Neubau der forensischen Diagnose- und Begutachtungsklinik, die Zukunft des Universitätsklinikums vor dem Hintergrund der schwarz-gelben Privatisierungswelle, die Auswirkungen der Bildungspolitik der Landesregierung auf die Essener Schullandschaft und die Konsequenzen des so genannten Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) auf die Essener Bildungs- und Betreuungslandschaft sowie die Eltern und vor allem auf die Kinder zu nennen. Auch für den Neubau der Grundschule in Haarzopf am Standort an der Raader Straße habe ich mich in mehreren Pressemitteilungen eindeutig ausgesprochen und hierzu viele Gespräche geführt.

Sehr eindeutig und früh habe ich mich auch in der Frage des Moschee-Neubaus positioniert. Leider hat die rechtsextreme NPD die Debatte hierüber als Plattform für ihre menschenverachtende Ideologie missbraucht. Was davon zu halten ist, habe ich unmissverständlich in meiner Rede auf der Gegenkundgebung, zu der ich mit aufgerufen habe, deutlich gemacht.

Die Folgen der Wirtschaftskrise schlagen auch in meinem Wahlkreis voll durch. So ist der Standort von Woolworth in Frohnhausen direkt betroffen. Für die Stadteile könnte hier ein wichtiger Teil Infrastruktur wegbrechen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stünden vor dem Nichts. Mit jeder weiteren Schließung von Läden und Geschäften werden auch lebendige Stadtquartiere gefährdet, die Unternehmen müssen hier endlich soziale Verantwortung zeigen und auch die Essener Stadtpitze darf hier nicht länger schweigend zuschauen.

Auf kommunaler Ebene beschäftigten mich insbesondere Themen wie die Auswirkungen der Studiengebühren und des neuen Schulgesetzes auf den Wissenschafts- und Bildungsstandort Essen sowie die Zukunft des Behindertensportes in Essen. Hier ist es mir gelungen, den VGSU in seinem Kampf für die Zukunft des Behindertensportes an der Henri-Dunant-Straße erfolgreich zu unterstützen. Darüber hinaus gehören

regelmäßige Gespräche mit Schulen, Kitas und Verbänden aus meinem Wahlkreis zu meinen ständigen Terminen. Eng stimme ich mich auch mit unserer JHA-Fraktion im Rat im Stadt Essen ab und habe gemeinsam mit unserem jugendpolitischen Sprecher Thomas Fresen diverse Anträge und gemeinsame Pressemitteilungen auf den Weg gebracht.

Auch in der Diskussionen rund um die Neugestaltung der ARGE Essen im Rahmen des Verfassungsurteils bin ich mit meinem Landtagskollegen in einem ständigen Austausch. In vielen Gesprächen mit der Leitung der ARGE Essen erörtern wir immer wieder Problemstellungen und Lösungswege rund um die gesetzliche Neugestaltung. Die Konstruktion der ARGE in Essen führt leider dazu, dass die Politik insgesamt kaum Einfluss mehr hat.

Nach wie vor ist die Ausschreibepaxis des Regionalen Einkaufszentrums der Agentur für Arbeit problematisch; führt sie doch dazu, dass etablierte und gut vernetzte Träger in der Stadt immer stärker unter Druck geraten und ihr Ausbildungsplatzangebot einschränken müssen. Dies ist angesichts der Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt in Essen unverantwortlich.

Zweifelsfrei zentrales Thema waren die Verfehlungen der Landesregierung in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Stellvertretend ist in diesem Zusammenhang das KiBiz der schwarz-gelben Landesregierung zu nennen.

Auf Landesebene habe ich im Rahmen der immer noch andauernden Diskussion über das Kinderbildungsgesetz in mehr als 100 Veranstaltungen in meiner Funktion als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen referiert. In der heißen Gesetzgebungsphase stand die Mobilisierung des Protestes gegen die Gesetzesvorlage im Mittelpunkt meiner Referate. Derzeit bilanziere ich Land auf, Land ab die negativen Auswirkungen des KiBiz und leite daraus weitere Anträge der SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen ab. Fünf KiBiz-Veranstaltungen habe ich eigenverantwortlich und/oder in Kooperation mit dem Unterbezirk oder meinen Landtagskollegen auch in Essen durchgeführt.

Im Sommer 2008 habe ich im Anschluss eine Praxiswoche in Pflegeeinrichtungen in meinem Wahlkreis ein Fachgespräch zum Thema „Patientenverfügung: Das Selbstbestimmungsrecht am Lebensende“ im Gerhard-Kersting-Haus durchgeführt. Zusammen mit dem Fachpublikum diskutierten wir das für und wider sowie die gesetzlichen Anforderungen an Patientenverfügungen. Auch bei dieser Veranstaltung war die Resonanz der interessierten Öffentlichkeit beeindruckend.

Gemeinsam mit meinem Abgeordnetenkollegen Hannelore Kraft und Thomas Kutschaty habe ich zudem eine sehr gut besuchte Diskussion zum Thema „Die beste Bildung von Anfang an“ im Schloss Borbeck veranstaltet.

Zudem gab es weitere Veranstaltungen, um in den Dialog mit den BürgerInnen, Verbänden und Vereinen zu treten. Hier ist allen voran die Lesung aus der Biographie über Herbert Wehner in der Volkshochschule Essen mit dem Autoren, Dr. Christoph Meyer, zu nennen. Mit meinem Kollegen Dieter Hilser habe ich darüber hinaus zu einer Veranstaltung zum Thema „Haushaltskonsolidierung in Essen“ eingeladen, bei der u.a. Reinhard Paß, Hans-Willi Körfges (kommunalpol. Sprecher der SPD-Landtagsfraktion) und Dieter Hillebrand (Vorsitzender der DGB-Region MEO) Möglichkeiten zur Haushaltssanierung in Essen vorgestellt haben.

Darüber hinaus verstärke ich seit 2007 den Dialog mit Verbänden, Einrichtungen und Vereinen aus meinem Wahlkreis auf einem jährlichen Herbstempfang, den ich gemeinsam mit der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung III ausrichte.

Ein besonderes Anliegen ist es mir, gerade jungen Menschen einen Einblick in die Tätigkeit einer Abgeordneten zu ermöglichen. Hierbei sind insbesondere die vielen Studien- und SchülerpraktikantInnen die mich in den letzten vier Jahren besuchten. Sie haben nicht nur Einblick in den parlamentarischen Alltag bekommen, sondern auch meine Arbeit bereichert. Auch für den Jugend-Landtag habe ich stets einem jungen Menschen aus meinem Wahlkreis den Blick hinter die parlamentarischen Kulissen ermöglicht.

Aber auch die vielen verschiedene Schülergruppen (u.a. von der Gesamtschule Bockmühle, der Nelli Neumann-Schule, der Gesamtschule Holsterhausen, der Frida-Levy-Gesamtschule, der Alfred-Krupp-Schule, des Rheinisch-Westfälischen Berufskollegs etc.), AWO-SeniorInnen und interessierte BürgerInnen haben mich auf meine Einladung hin im Landtag besucht und konnten so meine Arbeit im Landtag live erfahren.

## Dieter Hilser

In meinem Wahlkreis beschäftigte mich eine Vielzahl von Themen. Unter anderem verkehrspolitische Dauerbrenner wie die A40-Anschlussstelle Frillendorf und der damit zusammenhängende Neubau der Anschlussstelle Schönscheidtstraße, der Lärmschutz entlang der A42 sowie die Zeit und Verfahrensplanung für den Ausbau der A44/A52 Essen-Ost (A535).

Als Mitglied des Bau- und Verkehrsausschusses waren

darüber hinaus die mittlerweile in Angriff genommene Modernisierung des Essener Hauptbahnhofes und die Straßenbahn auf dem Krupp-Boulevard von politischer Bedeutung. Ebenso relevant für die Stadt Essen sind die Nachwirkungen des Streits zwischen VRR und Deutsche Bahn AG, die Möglichkeiten der Einführung eines Sozialtickets sowie die Zukunft der Städte- und Wohnungsbauförderung und massiven Kürzungen im Bereich der Straßenbauförderung.

Der Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) an den amerikanischen Finanzinvestor Whitehall trifft meinen Wahlkreis besonders. Hier gibt es einen besonders großen Bestand an LEG-Wohnungen. Ohne einen verlässlichen Partner wie die LEG, wird die stadtplanerische Arbeit in den Wohnquartieren künftig massiv erschwert wenn nicht sogar unmöglich gemacht. Sicherlich gibt es hier in den kommenden Jahren erheblichen Handlungsbedarf. An vielen Standorten kommt es bereits jetzt zu den von uns befürchteten Konsequenzen und Konflikten. Auch für den Essener Standort kann keine Entwarnung gegeben werden.

Der LEG-Verkauf war auch Thema der mehrteiligen Veranstaltungsreihe „Wohnen in Essen“ sowie einer Informationsveranstaltung unmittelbar nach dem Verkauf der LEG. Weitere Veranstaltungen gab es zum Mietrecht sowie zum demographischen Wandel und der künftigen Entwicklung des Wohnungsmarktes.

Dem Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern und Multiplikatoren kommt eine besondere Bedeutung zu. Bei zahlreichen Veranstaltungen, Festen und Terminen vor Ort, Besuchen bei Vereinen (z.B. AWO), Gesprächs- und Diskussionsrunden mit örtlichen Initiativen und Institutionen (z.B. Stadtverband der Kleingärtner Jugenddorf Zehnthof, Franz-Sales-Haus) gab es vielfältige Gelegenheiten zu regem Gedankenaustausch.

Einen intensiven Informationsaustausch gibt es darüber hinaus auch mit den Ortsvereinen in meinem Wahlkreis. Ich freue mich sehr, dass ich Gast vieler Neujahrempfänge und Mitgliederversammlungen sein durfte.

Darüber hinaus habe ich mich über zahlreichen Besuch aus dem Wahlkreis und das Interesse an meiner politischen Arbeit im Düsseldorfer Landtag gefreut. Zu nennen sind unter anderem Besuche verschiedener SPD- und AWO-Ortsvereine, des Sozialverbandes Deutschland, der Essener Seniorengemeinschaft, der IGBCE, der Seniorengruppe der GEW und der MTG Horst sowie Schülergruppen von der kath. Hauptschule Steele, der Eibergschule, des Carl-Humann-Gymnasiums und des Gymnasiums an der Wolfskuhle.

## Thomas Kutschaty

Seit der Landtagswahl im Mai 2005 bin ich Abgeordneter für die Stadtteile Altenessen, Bedingrade, Bergeborbeck, Bochold, Borbeck, Dellwig, Frintrop, Gerschede, Karnap, Schönebeck, Vogelheim und Mülheim-Winkhausen. Die Arbeit vor Ort ist ebenso vielfältig wie spannend und geprägt von zahlreichen Herausforderungen.

Ganz aktuell sind die Entwicklungen im Einzelhandelssektor, die sich im Essener Norden und Nordwesten besonders bemerkbar machen, zu nennen. Die Schließung zweier Hertie-Filialen in Altenessen und Borbeck haben die beiden Einzelhandelsschwerpunkte hart getroffen. Die Hertie-Pleite ist auch das Ergebnis schwerer Managementfehler. Wie immer sind die Beschäftigten die Leidtragenden. Gemeinsam mit den Landtagskollegen der betroffenen Standorte haben wir Hertie zum Thema im Landtag gemacht. Mit den Betriebsräten der betroffenen Filialen habe ich schnell Gespräche zur Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt. Darüber hinaus gab es Gespräche mit der Essener Wirtschaftsförderung zur Zukunft der Einzelhandelsstandorte. Alles das hat die CDU-dominierte Stadtspitze bis heute unterlassen. Die nächste Hiobsbotschaft folgte nach nur wenigen Wochen. Zusätzlich zur Hertie-Pleite ist der Wahlkreis nun auch noch durch die Woolworth-Insolvenz betroffen. Auch hierzu schweigt die Ratsmehrheit und der Oberbürgermeister. Offensichtlich setzen sie nur noch ausschließlich auf die Weiterentwicklung der Innenstadt.

Ein immer wiederkehrendes Thema sind die hohen Umwelt- und Verkehrsbelastungen im Essener Norden und Nordwesten. Hier gibt es einen regen und intensiven Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und dem runden Umwelttisch Essen. Ob die Folgewirkungen des Aktionsplanes Gladbecker Straße für die umliegenden Wohngebiete oder auch die Nebenwirkungen der verkorkten Umweltzone Ruhr, die als Flickenteppich eher für mehr, statt weniger Probleme sorgt oder auch die Ansiedlung der Fa. Harmuth und die damit verbundenen zusätzlichen Umwelt- und Verkehrsbelastungen; all das sind regelmäßig wiederkehrende Themen. Leider lösen sich die Probleme nur langsam oder auch gar nicht. Ein Grund hierfür ist gewiss das mangelnde Interesse sowohl bei der schwarz dominierten Stadtspitze als auch der schwarz-gelben Landesführung.

Ein weiteres Dauerthema sind nach wie vor die Auswirkungen der schwarz-gelben Landespolitik auf die im meinem Wahlkreis befindlichen Schulen und Kindergärten, in denen das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) voll

durchgeschlagen hat. Hierzu hat es mit den Beschäftigten in den Einrichtungen mehrere Gespräche und Veranstaltungen mit meiner Kollegin Britta Altenkamp gegeben. Weitere Themen waren die Schließung des Bethesda-Krankenhauses, die damit zusammenhängenden Ausgleichszahlungen des Landes zur Durchführung des Sozialplanes für die ehemaligen Beschäftigten, der erst nach einigen Interventionen umgesetzt worden ist sowie die geplanten Schließungen der Amtsgerichte in Borbeck und Steele, die aufgrund massiven Widerstandes derzeit nicht weiterverfolgt werden.

Dank gemeinsamer Anstrengungen mit örtlicher Politik und dem Verein für Kinder und Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten e.V. (VKJ) gibt es mit dem Jugendcafé Karnap ein betreutes Angebot für Kinder und Jugendlichen.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist für jeden Sozialdemokraten ein besonderes Anliegen. Ich bin sehr stolz, dass es gemeinsam mit vielen weiteren Initiatoren gelungen ist, breiten gesellschaftlichen Protest gegen den Aufmarsch der Nazis in Borbeck zu organisieren.

Die politische Bildung junger Menschen ist wichtiger denn je. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sie lebt vom Mitmachen und muss täglich neu erarbeitet werden. Mir ist es deshalb ein wichtiges Anliegen insbesondere mit Kinder und Jugendlichen aus meinem Wahlkreis in Kontakt zu kommen, damit sie Demokratie nicht nur theoretisch, sondern auch ganz praktisch erleben können. Unter den vielen Besuchergruppen, die ich in den Landtag NRW eingeladen habe, waren ganz besonders viele Schülergruppen aus verschiedenen Altersklassen und verschiedenen Schulformen; angefangen bei Grundschulen, über Haupt-, Real- und Förderschulen bis hin zu Besuchergruppen aus Gymnasien und Gesamtschulen. Ganz besonders freut mich, dass es gelungen ist zwei Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Wahlkreis zu holen: Zum einen das europapolitische Planspiel „Meet-Europe“, an dem Schülerinnen und Schüler des Leibniz-Gymnasiums bereits zwei Mal teilgenommen haben und zum anderen das kommunalpolitische Planspiel, das aktuell mit Schülerinnen und Schüler der elften Jahrgangsstufe der Gesamtschule Nord in Essen-Vogelheim durchgeführt wird. Darüber hinaus bin ich Schirmherr eines Projektes der Sparda-Bank West eG am Mädchengymnasium Borbeck, das die Schülerinnen unter dem Motto „Fit for Life - Noch mehr fürs Leben lernen“ auf Alltagssituationen in Beruf und Freizeit vorbereitet, und habe im Rahmen des bundesweiten Vorlesetags der Stiftung Lesen Kindern in einem Altenessener Kindergarten vorgelesen.

Auch wenn die Arbeit im Landtag viel Zeit beansprucht ist es mir wichtig, niemals den Kontakt zu den Menschen zu verlieren. In den zurückliegenden Jahren gab es viele Begegnungen. Die unzähligen Gespräche mit Vereinen, Initiativen, Institutionen und Menschen aus dem Wahlkreis, die regelmäßigen Besuche der Ortsvereine sowie die Teilnahme an Veranstaltungen sind wichtiger Bestandteil meiner Wahlkreisarbeit. Ergänzend hierzu gab es Dialogveranstaltungen, wie etwa zum Kinderbildungsgesetz, zu den bildungspolitischen Konzepten der NRWSPD sowie zur Reform der Gemeindeordnung und des Kommunalwahlrechts. Zuletzt konnten wir bei einer gemeinsamen Veranstaltung von Hannelore Kraft, Britta Altenkamp und mir im Rahmen der Reihe „Fraktion vor Ort“ im Schloss Borbeck mehr als 80 Gäste begrüßen.

Eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger ist das Wahlkreisbüro, das ich gemeinsam mit unserem Bundestagsabgeordneten Anton Schaaf am Weidkamp 1 betreibe und in dem regelmäßige Bürger- und Rentensprechstunden stattfinden. Eine weitere Gelegenheit zum Gedankenaustausch bieten zudem die Besuche von Bürgerinnen und Bürgern im Landtag, in denen sich die Menschen aus erster Hand über die Arbeit im Landtag informieren können. Informationen aus erster Hand gibt es auch im regelmäßig erscheinenden Newsletter, der pünktlich vor den Plenarsitzungen über aktuelle Entwicklungen in der Landespolitik berichtet. Weitere aktuelle Informationen, Dokumente und Materialien finden sich auf meiner Internetseite [www.thomas-kutschaty.de](http://www.thomas-kutschaty.de).

## Peter Weckmann

Ich bin der „Neuling“ unter den Essener Abgeordneten. Zum 1. Januar 2009 bin ich für Harald Schartau in das Landesparlament nachgerückt. 16 Monate vor der nächsten Landtagswahl - da hieß es: sofort „voll loslegen“.

Auch wenn auf einen Nachrücker nicht das große Wunschkonzert wartet, habe ich mit den Ausschüssen „Kultur“ und „Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie“ doch genau die Ausschüsse bekommen, die meinen Wünschen entsprachen und für Essen wichtig sind. Und meine stellvertretende Zugehörigkeit Sportausschuss passt perfekt in das Thema „Förderung des Ehrenamtes“, für welches ich mich im Landtagswahlkampf stark gemacht habe und auch weiter stark mache.

Mein Schwerpunktthema im Bereich Wissenschaft ist zurzeit die Frage des Hochschulzugangs. Die momentane Situation lässt sich auf die Frage zuspitzen: „Wie viel

Chancen auf eine breitere universitäre Bildung räumen wir wem und wie vielen ein“? „Hochschulzugang öffnen - Mehr Chancen für Studierende ohne Abitur“ war deshalb auch das Thema meiner ersten Rede im Plenum des Landtags am 18. März.

Aus dem Bereich Hochschulpolitik kommen auch meine zwei Kleinen Anfragen an die Landesregierung: „Transparenz- und Auskunftspflichten der Hochschulgremien“ (vom 09.03.2009) und „Informationsbroschüre zu Studiengebühren“ (vom 17.03.2009).

Der Kulturausschuss ist insbesondere im Hinblick auf das Kulturhauptstadtjahr 2010 von besonderer Bedeutung. Ich bin der einzige SPD-„Ruhri“ im Kulturausschuss. Das bedeutet für mich schon eine besondere Verantwortung – macht mich aber auch ein wenig stolz.

Die Kulturhauptstadt/das Kulturhauptstadtjahr als nachhaltiges Ereignis für alle Menschen zu gestalten ist mein erklärtes Ziel. Nicht nur Hochkultur als Angebot für einige Auserwählte darf auf dem Programm stehen; 2010 muss für jeden Interessierten erlebbar und „mitmachbar“ sein. Da hinein passt zum Beispiel, dass ich im Arbeitskreis Kultur der Landtagsfraktion angeregt habe, einen Antrag „Kostenfreier Eintritt in alle Landesmuseen und Museen in Trägerschaft der Landschaftsverbände während des Kulturhauptstadtjahres“ zu stellen. Einen gleich gelagerten Antrag – auf Essen bezogen – hat der Unterbezirksparteitag ja bereits im vergangenen Jahr beschlossen.

In diesem Zusammenhang bin ich auch sehr froh, dass es gelungen ist, eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Juni mit dem Titel „Ohne Moos nix los ...“ in den Südwahlkreis zu holen. Und am 19. November 2009 wird es darüber hinaus eine „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung zum Thema Kulturhauptstadt geben. Ich freue mich sehr, gemeinsam mit Britta Altenkamp dann unter anderem Fritz Behrens, den ehemaligen Innenminister und jetzigen Kulturausschussvorsitzenden des Landtags und Oliver Scheytt zu dieser Veranstaltung begrüßen zu dürfen.

Besuch aus Essen habe ich in Düsseldorf auch schon erhalten: Den „nährischen Landtag“ verbrachte ich mit Vertretern des Festkomitees Kupferdreher Karneval; mich besuchte ein Vertreter der WAZ-Stadtteilzeitung und mit den ver.di-Senioren aus Essen besuchte Anfang April auch die erste Besuchergruppe auf meine Einladung hin den Landtag. Wichtig war und ist mir der Kontakt zu den

Menschen im wunderschönen Essener Süden, besonders der Kontakt zu Vereinen, Verbänden und Initiativen. Denn sie sind es, die im unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz einen Großteil des Lebens in ihrem Stadtteil mitprägen und -gestalten, die oftmals Lachen und Freude auf die Gesichter zaubern, wie ich es unmittelbar nach meinem „Einzug“ in den Landtag in einem Schreiben an Vereine, Verbände und Initiativen im Wahlkreis ausgedrückt habe. Ich habe den Vereinen und Vereinsverantwortlichen in dem Schreiben meine Unterstützung als Abgeordneter zugesagt. Ich will das Ehrenamt vor Ort mit allen meinen Möglichkeiten unterstützen und fördern. Aufgrund dieses Schreibens hat es bereits zahlreiche Kontakte gegeben, so zum Beispiel mit dem Heimat- und Burgverein Burgaltendorf, den Bürgern gegen Fluglärm, einigen Karnevals- und Schützenvereinen, dem Heimat- und Verkehrsverein Kettwig oder den Essener Ruderern, insbesondere denen des TV Kupferdreh 1877 oder – fast vergessen, weil ich sie ja zur „Familie“ zähle – zu Gruppen der Arbeiterwohlfahrt. Diese Termine im Wahlkreis werden für mich auch zukünftig immer eine höhere Priorität haben als die meisten „wichtigen“ Termine in Düsseldorf.

Die Ortsvereine in meinem Wahlkreis und deren Verantwortliche, insbesondere die Vorsitzenden, ständig „auf dem Laufenden“ zu halten, ist mir ein großes Anliegen. Deshalb versende ich regelmäßig aktuelle Informationen über die Themen in Düsseldorf oder auch interessante Terminhinweise. Monatlich erscheint mein Newsletter „Aktuelles aus Düsseldorf“ für alle interessierten Genossinnen und Genossen vor Ort. Dieser Informationsbrief soll ein bisschen mehr Informationen „aus dem Nähkästchen“ geben, einen Blick hinter die Kulissen gestatten oder einfach nur darüber informieren, wo ich im kommenden Monat für Gespräche zur Verfügung stehe. Die „geneigte“ Öffentlichkeit und alle interessierten Genossinnen und Genossen können sich darüber hinaus ein Bild vom Geschehen im Landtag und insbesondere von meinen Aktivitäten in Düsseldorf und vor Ort – von Terminen, Veranstaltungsbesuchen, Reden, Kleinen Anfragen, Pressemitteilungen u.v.m. – auf meiner Internetseite [www.peter-weckmann.de](http://www.peter-weckmann.de) machen. Nicht nur – aber auch – für die Aktualität des Internetauftritts, der vom Augenblick meiner schriftlichen Annahme des Mandats „in der Welt“ war, danke ich meiner Mitarbeiterin Danielle Brockmann und meinem Mitarbeiter Daniel Behmenburg. Sie haben mich in meiner Arbeit als Abgeordneter bisher ausgezeichnet unterstützt.

# Impressum

Herausgeber / V.i.S.d.P.:

Britta Altenkamp MdL, Dieter Hilser MdL,  
Thomas Kutschaty MdL und Peter Weckmann MdL

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Stand: 4. Mai 2009